Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werkthätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 926.] Mit der illustrirten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“. [Telephon Nr. 926.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße 50, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich Mk. 1.60. Monatlich 55 Pfg. Postzeitungsliste Nr. 4069 a, 6. Nachtrag

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 15 Pfg., für Versammlungs-, Vereins- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 109. | Dienstag, den 12. Mai 1903. | 10. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

Die Nationalliberalen.

In Lübeck ist es vor allem die nationalliberale Partei, welche für uns Sozialdemokraten als Gegner in Betracht kommt und deshalb ist es auch durchaus nothwendig, die Eigenart dieser Partei zu schildern.

Wenn auch alle der Sozialdemokratie gegnerischen Parteien kapitalistische Interessen wahrnehmen, so ist doch gerade die nationalliberale Partei die politische Richtung des konzentrierten Kapitalismus, die Organisation der Urbourgeoisie, die Interessenvertretung des großen Industriekapitals, soweit es sich nicht in der Hand des vom Junkerthum deklassierten und vom Bürgerthum heraufgestiegenen Adels befindet. Keine Partei hat mehr Millionäre aufzuweisen, wie die nationalliberale. Als im Jahre 1871 das Deutsche Reich gegründet wurde und hierdurch der Arbeiterklasse Freizügigkeit gewährt worden war, nachdem schon vorher mit Hilfe des Bismarckschen Bonapartismus das gleiche, geheime und direkte Wahlrecht herbeigeführt war, durch welches gegen die Fortschrittspartei an das Volk appelliert werden sollte, folgten die breiten Massen des Volkes den Nationalliberalen. Viele von denen, die in dieser Partei führende Rollen spielten, hatten in den parlamentarischen Kämpfen die Regierungen und den junkerlichen Absolutismus bekämpft, welcher dem Volke mit Recht verhaßt war.

Immer mehr aber erkannte das Volk, daß es zwischen Kapital und Arbeit keine Interessenharmonie geben kann, und daß die Arbeiterschaft keine Ursache habe, der nationalliberalen Bourgeoisie, der Partei ihrer Ausbeuter zu folgen. So schrumpfte denn die nationalliberale Fraktion, einst die stärkste Partei, auf 54 Mitglieder zusammen. Sie vereinigten sich mit dem Junkerthum gegen die Arbeiterschaft und gaben deshalb ihre Forderungen in Bezug auf die bürgerlichen Freiheiten auf. Nichts fürchtet das Industriekapital mehr als die Gewerkschaftsbewegung, welche die naturnothwendige Folge des Koalitionsrechts und des Klassenbewußtseins des Proletariats ist. Deshalb tritt die nationalliberale Partei für Ausnahmegesetze gegen die Sozialdemokraten und die Gewerkschaften ein. Sie will die Verbreitung sozialdemokratischer Ansichten in Zeitungen und Versammlungen hart bestraft sehen; je mehr von uns „rothen Teufeln“ im Gefängniß für ihre Ueberzeugung dulden, je lieber ist es ihnen. Die Begeisterung derer, der in der Presse und in Versammlungen für die Ideale der Sozialdemokratie eintreten, ist ihnen verhaßt.

Aber auch andere Gruppen suchen die Nationalliberalen mit brutalen Ausnahmegesetzen zu bekämpfen. Wo sich Jemand findet, der die für die besitzenden Klassen einstehende Staatsgewalt in irgend einer Hinsicht bekämpft, suchen die Nationalliberalen ihn zu unterdrücken.

Die Gelüste nach Eroberung fremder Absatzgebiete, nach Bahn- und sonstigen Konzessionen für das nationale Kapital haben solchen Chauvinismus in der Industriebourgeoisie großgezogen, daß jede selbstständige Regung nichtdeutscher Staatsbürger den Zorn der Industriemagnaten erregt. Die Ausnahmegesetze gegen das Zentrum, gegen Welfen, die Polen, die Elsaß-Lothringer verdanken daher ihre Entstehung genau so wie das Sozialistengesetz in erster Linie den Nationalliberalen.

Im Jahre 1895 traten die Nationalliberalen für die Umsturzvorlage ein, um jedes Wort zu bestrafen, durch welches von Sozialdemokraten das Klassenbewußtsein der Arbeiter wachgerufen werden kann. Erst als durch das Zentrum und die Konservativen Bestimmungen in das Gesetz hineingebracht wurden, durch welche die Gelehrten aus Bourgeoisiekreisen getroffen werden sollten, verzichteten die Nationalliberalen auf die Annahme dieses Gesetzes. — Der Zuchthausvorlage stimmten die Nationalliberalen mit einer belanglosen Aenderung zu. Wäre es nach diesen brutalen Arbeiterfeinden gegangen, dann wäre jeder Arbeiter, wenn auch nicht mit Zuchthaus, so doch mit Gefängniß bestraft worden, wenn er einen deutschen Arbeiter zum Streik aufreizt.

Die Nationalliberalen sind Gegner des allgemeinen gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts, wie der nationalliberale Abgeordnete Semler in Hamburg am 28. November 1896 und die „National-Ztg.“ und der „Hannoversche Kurier“ — zwei nationalliberale Zeitungen — offen ausgesprochen haben. Damit der Reichstag nur den Interessen der Reichen dient und die Interesser der Armen mit Füßen tritt, sind die Nationalliberalen Anhänger des preußischen Dreiklassenwahlrechts, dessen Ausdehnung auf die Reichstagswahl ihr Sehnsuchtstraum ist, obwohl ein solches Verbrechen das Sturmzeichen zu Konflikten wäre, deren Heraufbeschwörung nur vaterlandslose Gesellen wünschen können. Die Nationalliberalen stimmten gegen die Neueintheilung der Reichstagswahlkreise, weil eine Gleichheit der Wahlkreise die Macht derjenigen Gegenden befördern würde, in denen die Arbeiter zum Klassenbewußtsein gelangt sind und sich von ihren Ausbeutern nicht mehr willenlos peinigen lassen. Die Nationalliberalen haben in Gemeinschaft mit den Konservativen die Verlängerung der Legislaturperiode von drei auf fünf Jahre geschaffen, um den sich durch das Erwachen der Einsicht im Volke nothwendig anbahnenden Fortschritt zu verzögern.

Die Nationalliberalen sind Anhänger des Militarismus, des Marinismus und der Kolonialpolitik. Sie wollen möglichst viel Militär und Marine, weil sie auf Eroberungen hoffen, durch welche das Kapital sich bereichern kann. Sie hoffen auf die Niederwerfung des freien Wahlrechts, des „inneren Feindes“ mit Hilfe der Kanonen. Sie treten für den Militarismus und Marinismus ein, um die Fragen der Sozialpolitik, der Hilfe für die Arbeiter ohne Rücksicht auf die Unternehmer, möglichst von der Tagesordnung der Parlamente fernzuhalten. Die Nationalliberalen schwärmen endlich für Heer und Flotte, weil die Großindustriellen durch die Militär- und Marinelieferungen sehr viel Geld verdienen.

Die Nationalliberalen sind für indirekte Steuern und gegen Einkommens-, Vermögens- und Erbschaftssteuern, damit die Armen alles, die Reichen nichts zu entrichten brauchen und die den Reichen nützlichen Einrichtungen von den Armen bezahlt werden.

Die Nationalliberalen stimmten für den Zolltarif, um die Stimmen des Bundes der Landwirthe nicht zu verlieren und jener Minderheit der Industriellen, jenen in den großen Kartellen und Syndikaten vereinigten größten unter den Großindustriellen zu dienen, welche durch Vertheuerung der von ihnen hergestellten Rohprodukte und Halbfabrikate zum Schaden der Verfertiger von Fertigfabrikaten und zum Schaden der Ausfuhrindustrie profitiren.

Die Nationalliberalen sind fast ausnahmslos Gegner der Sozialpolitik, Gegner des freien Vereins- und Versammlungsrechts, sind — wie der nationalliberale Abg. Bassermann von der Mehrheit sagte — „reaktionär bis auf die Knochen“.

Dieser Partei am 16. Juni den Garaus zu machen, wird Aufgabe sein nicht nur der Arbeiterklasse, sondern auch aller derjenigen Elemente im Bürgerthum, welche noch freiheitliche Ideale hegen.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Gegen den Arbeiterschutz — für den Arbeitertrutz! Das ist der Grundgedanke, das Motto gewesen für die Gründung des Ober-Scharfmacher-Blattes: „Die Arbeitgeber-Zeitung“, die in der That in puncto Arbeiterhetze, Verlogenheit und Gewissenlosigkeit alles übertroffen hat, was bisher schon von der reaktionären und arbeiterfeindlichen Unternehmerpresse geleistet wurde. Diese „Arbeitgeber-Zeitung“ ist gewissermaßen ein Sammelbecken für alle kapitalistischen Schmutzwässer. Dieses Organ ist aber auch ein Beweis dafür, wie die Unternehmer es verstehen, berufliche und politische Interesse zu verbinden und dürfte dafür ganz besonders beweiskräftig ein „vertrauliches Zirkular sein, das — wie es ja das Schicksal der meisten vertraulichen Zirkulare der Gegner ist — in einem Parteiblatte, der „Frankf. Volksst.“, das Licht der Oeffentlichkeit erblickt. Hier ist es:

„Die sympathische Aufnahme, welche unsere Zeitung auch im Vorstand des Vereins zur Wahrung der Interessen der chemischen Industrie Deutschlands gefunden hat, beweist auf's neue, daß mit der Gründung der „Deutschen Arbeitgeberzeitung“ einem dringenden Bedürfniß entsprochen wurde. Gleichzeitig wird hierdurch der Wunsch erweckt, die bisher schon möglichst umfangreiche Propaganda noch wesentlich intensiver zu gestalten, um recht bald die gesammte deutsche Arbeitgeberschaft zu einer starken, aktionsfähigen Partei zu vereinigen, die sowohl bei den gesetzgebenden Körperschaften einen nachhaltigen Einfluß auszuüben, als auch allen unberechtigten Forderungen der organisirten Arbeiter einen wirksamen Widerstand zu bieten vermag. Die vergrößerte Agitation stellt jedoch an die Opferwilligkeit der Geschäftsantheile besitzenden Verbände usw. Ansprüche, denen kaum zu entsprechen ist. Wir wenden uns daher an den Kreis der Meistinteressirten und auch an Sie, sehr geehrter Herr, als Mitglied vorgenannten Verbandes, mit dem sehr höflichen Ersuchen, uns in unseren Bemühungen um das deutsche Unternehmerthum und besonders im Kampf gegen die Sozialdemokratie zu unterstützen. Die bequemste Form hierfür wäre das Abonnement unserer Zeitung, sowie die Zuweisung Ihrer Inserate, welchen in der „Deutschen Arbeitgeber-Zeitung“ weiteste Beachtung gesichert ist. Sollten Sie jedoch aus irgend welchem Grunde von einer größeren Insertion absehen, so bitten wir Sie, sich unserer Adressentafel anzuschließen, die zumeist von Firmen benutzt wird, welche sonst prinzipiell nicht annonziren. Die Aufnahme für die Dauer eines Jahres berechnet sich mit 100 Mk., doch können Sie eine weitere willkommene Förderung des Blattes durch Belegung mehrerer Felder eintreten lassen. Das kleine Opfer, welches wir lediglich zum Zwecke einer wirksamen Verfolgung unserer Tendenzen und mit Rücksicht auf eine ständig wachsende Verbreitung unseres Blattes von Ihnen erbitten, wird sich — abgesehen von den zu erwartenden Insertions-Erfolgen — um ein Vielfaches einbringen, wenn es uns gelingt, einige, das deutsche Arbeitgeberthum schädigende Verordnungen und Gesetze erfolgreich zu bekämpfen bezw. dieselben im Entstehen noch zu unterdrücken. Wir erlauben uns, je einen Bestellschein zur gefälligen Benutzung beizufügen und zeichnen mit aller Hochachtung: Die „Deutsche Arbeitgeberzeitung“. Gg. Achterberg.“

Das famose Zirkular beweist zweierlei mit aller wünschenswerthen Deutlichkeit: Erstens — und das ist ja nicht neu —, daß die Unternehmer erbitterte und skrupellose Gegner jeglichen Arbeiterschutzes sind, dann aber, daß das Geld bei den Kapitalprotzen selbst für die Zwecke der Arbeiterverhetzung nicht gern locker gemacht wird. Immerhin kommt die Veröffentlichung dieses Zirkulars gerade vor den Wahlen sehr zurecht. Es wird die Arbeiter anspornen im Wahlkampfe; sie werden noch mehr als bisher einsehen, daß die Erringung der politischen Macht unbedingt nothwendig ist, wenn der gewerkschaftliche Kampf nicht ein vergeblicher sein soll!

Ein Wahlaufruf der Freisinnigen Volkspartei ist nicht zu erwarten. So verkündet jetzt endlich das offizielle Organ der Parteileitung und motiviert diese Enthaltsamkeit wie folgt:

„Nicht ein Wahlprogramm, sondern mehrere Wahlprogramme hat die Freisinnige Volkspartei, und zwar schon auf dem Hamburger Parteitag Ende September festgestellt in einem allgemeinen Programm für die Reichstagswahlen, einem landwirthschaftlichen Programm, einem Programm über Handwerkerfragen, einem Programm über Arbeiterfragen und einem Programm über Steuerfragen. Alle diese Programme sind veröffentlicht und in der Partei verbreitet und bekannt. Längst sind auch in den einzelnen Wahlkreisen der Freisinnigen Volkspartei Wahlaufrufe erschienen. Ein allgemeiner Wahlaufruf der Partei könnte daher nichts Neues sagen. Daß die in den letzten Tagen veröffentlichten Wahlaufrufe anderer Parteien irgendwo einen besonderen Eindruck hervorrufen, haben wir nicht wahrgenommen. Kaum, daß dieselben in den Zeitungen auszugsweise zum Abdruck gelangen.

Mit solchen Einwänden wird man nirgends Eindruck machen. Alles, was hier angeführt wird, hat bei früheren Reichstagswahlen genau ebenso wie jetzt Geltung gehabt, und doch hat die Freisinnige Partei bisher niemals darauf verzichtet, sich in einem allgemeinen Aufruf an die Wählerschaft zu wenden. Der freiwillige Verzicht bedeutet deshalb auch in Wirklichkeit nichts anderes, als daß, wie die „Köln. Ztg.“ sehr treffend bemerkt, die Freisinnige Volkspartei „mit allen Winden segeln und sich von allen Strömungen treiben lassen“ will. Das beste Beispiel darin haben wir ja in Lübeck selbst, wo die Freisinnige Volkspartei in der Art der Antisemiten in — Mittelstandsretterei macht. Es ist weit gekommen mit der Richtergarde!

Na also! Unser Mannheimer Parteiblatt ist in der angenehmen Lage, das ganze Zollmärchen, als ob der Landwirthschaft die immens erhöhten Zölle auf die Dauer etwas nützen könnten, durch die Wiedergabe des Gesprächs einiger enragirter Zollkämpfer zu zerstören. Doch lassen wir es selber reden: Es war am letzten Sonntag, 3. Mai. In einem Wagenabtheil der 3. Klasse auf der Strecke Waldkirch-Denzlingen saßen neun Personen, und zwar: Ein Zentrums-Reichstagskandidat und bisheriger Reichstagsabgeordneter; ein zweiter Zentrums-Reichstagskandidat; ein zentrümlicher Arbeitersekretär; ein Agitator für den „Volksverein für das katholische Volk“; zwei weitere Zentrümler und — drei Sozialdemokraten. Die Herren Zentrümler unterhielten sich über eine Zentrumsversammlung in Waldkirch. Einer der Herren kam auf den „Schutz der Landwirthschaft“ zu sprechen. Da fiel ihm der Zentrumskandidat Nr. 1 und frühere Reichstagsabgeordnete, der für den Zolltarif gestimmt hatte und diese Abstimmung vor den Bauern des Oberlandes bisher vertheidigte, ins Wort und sagte: „Glauben Sie ja nicht, daß die Zolltarif-Geschichte unserer Landwirthschaft **auch nur einen Deut nützt!**“ Man hätte nun meinen sollen, die anderen Herren Zentrümler, insbesondere den „Arbeitersekretär“, hätte ein solches Geständniß in die höchste Verwunderung versetzen müssen. Mit nichten! Die Herren dachten nicht daran, daß „Unberufene“ der Unterhaltung zuhörten, weshalb der Zentrumskandidat Nr. 2 seinem Kollegen erwiderte: „Ja, ja! Wir treiben eben im Strudel der Weltwirthschaft, da helfen solche Mittelchen nicht mehr!“ Zentrumskandidat Nr. 1: „Da drüben ist eben so viel freies, fruchtbares Land — . . . Das beste an der ganzen Zolltarifgeschichte ist noch, daß ein Theil der Zolleinnahmen für die Wittwen und Waisen angesammelt wird — vorausgesetzt, daß die Sache nicht mehr geändert wird!“ — Ja, vorausgesetzt! Und wie hat man die sozialdemokratischen Abgeordneten geschmäht, als sie mit allen gesetzlichen Mitteln versuchten, diese Erhöhung der Zölle, die der

Landwirthschaft nichts nützen, weite Volkskreise aber ungeheuer schädigen, zu verhindern!

Ueber die ordnungsparteilichen Wahlaufrufe stimmen die nationalliberal-antisemischen „Leipziger Neuesten Nachrichten" folgendes Klagelied an, das ohne Kommentar für den Bankrott im kartellparteilichen Lager zeugen möge:

„Wenn Wahlaufrufe Kriegsrufe sein, wenn sie die Anhänger anfeuern, die Gleichgültigen aus ihrer trägen Ruhe emporschrecken sollen, dann ist bisher überhaupt noch kein (bürgerlicher) Wahlaufruf erschienen, wohl aber haben wir die Ehre und das Vergnügen gehabt, langathmige Auseinandersetzungen ohne Saft und Kraft zu genießen, vollgültige Zeugnisse für jenen blutleeren Doktrinarismus, der sein schönstes Symbol in Professorenzopf und Juristenperücke findet. Wahlaufrufe sollen Kampfaufrufe sein, sie sollen wirken, wie das Wort des Feldherrn in der Schlacht, wie ein Blüchersches Wort; sie sollen scharf und klar auf den Feind hinweisen, ihn zeichnen, daß er auch dem blöden Auge erkennbar sei. Und nun nehme man einen dieser Aufrufe zur Hand! Nun erquicke man sich zuerst an dem, was der flammenden Seele Sattlers und Bassermanns (Nationalliberale) entsprang! Einhundertfünfzig Druckzeilen und kein wirksamer Gedanke, anderhalbtausend Worte und keine Klarheit! Und ach, es kriecht der leise Zweifel herauf, daß überhaupt nur wenige den Aufruf bis zum seligen Ende, bis zu jener erschütternden und originellen Wendung lesen werden, die von dem „Dienst der guten Sache" und „dem Wohl des ganzen theuren Vaterlandes" redet. Nein, es steckt kein Blut, keine Physiognomie in dem Aufruf, der die Agrarfrage erledigt mit den Worten: „Die verschiedenen Berufsklassen werden durch Uebertreibung von Sonderinteressen gegeneinander aufgewühlt." Man wird eben politisch bleichsüchtig, wenn man in der eigenen Partei extreme Agrarier und eifrige Freihändler beherbergt. Und all dieser Schlappheit und Unklarheit gegenüber steht der Aufruf der Sozialisten, der bei aller Entstellung und aller Unwahrheit doch wenigstens das eigentliche Ziel erreicht: Die Wähler aufzurütteln, mit Leidenschaft zu erfüllen, fortzureißen! Es sind derbe Mittel, die da angewandt werden, aber der Wahlkampf kann nicht mit Glacehandschuhen geführt, die Masse nicht mit doktrinärer Langweiligkeit gewonnen werden. Die Worte eines solchen Aufrufs müssen im Gedächtniß haften, sie müssen bestimmte, klare Vorstellungen erwecken, sie müssen die Agitation fördern und beleben, sie müssen selbst mit einem demagogischen Tropfen gesalbt sein. Mit dem, was wir bisher (von bürgerliche Seite) erlebt und gesehen haben, wird man keinen Hund hinter dem Ofen hervorlocken."

Aus der Wahlbewegung. Der freisinnige Reichstags-Kandidat Luebers in Görlitz hat die Kandidatur niedergelegt. — In Offenbach-Dieburg wurde als Kartellkandidat Dr. med. Becker aus Sprendlingen aufgestellt. — Die Nationalliberalen stellen in M.-Gladbach den Stadtverordneten Zimmer auf, so daß dort vier Kandidaten sich gegenüberstehen. Der Wahlkreis gehört zum sichersten Besitz der Zentrumspartei. — Der „große Ausschuß" des Vereins liberaler Wähler Münchens, in dem alle liberalen Parteischattirungen vertreten sind, hat für den Wahlkreis München I den Gemeindebevollmächtigten Buchdruckereibesitzer Schön und für den Wahlkreis München II den Magistratsrath Georg Wilhelm Schenk als Kandidaten proklamirt. — Die Litthauerpartei hat den Redakteur Lapinas als Reichstagskandidaten für den Wahlkreis Tilsit aufgestellt. — Die Vertrauensmänner des Bundes der Landwirthe im zweiten braunschweigischen Wahlkreise (Wolfenbüttel-Helmstedt) erhielten ein Schreiben der Bundesleitung, worin die Kandidatur des Herrn v. Kaufmann (des bisherigen s. Zt. vom Bunde selbst aufgestellten Abgeordneten) für die Bundesleitung als unannehmbar bezeichnet wird. Es bleibt nun abzuwarten, ob sich die Braunschweigischen Landwirthe diesem Ukas fügen werden.

Man muß sich zu helfen wissen. Unseren Genossen ist es im Kreise Osthavelland mit Ausnahme eines einzigen bei Spandau belegenen Dorfes nicht möglich, eine Versammlung zu Stande zu bringen; Zusammenkünfte unter freiem Himmel werden aus Gründen der öffentlichen Ordnung und Sicherheit nicht erlaubt und die Versammlungslokale werden den Sozialdemokraten verweigert. Damit die Wähler nun den sozialdemokratischen Reichstagskandidaten, den Rechtsanwalt Dr. Karl Liebknecht, von Angesicht kennen lernen, wird dessen Bildniß in Medaillenform mit rother Schleife von Radfahrerkolonnen, die gleichzeitig Flugblätter verbreiten, massenweise im Kreise vertheilt.

Ein Gemeindegrundstück zu Wählerversammlungen herzugeben, beschloß der Gemeinderath in Sandersleben (Anhalt). Die dortigen Wirthe verweigern unsern Parteigenossen die Säle zu Versammlungen; deshalb beantragten unsere Vertreter im Gemeinderath die Hergabe des der Gemeinde gehörenden Tredenplatzes zu Wähler-Versammlungen und der Gemeinderath stimmte diesem Antrage zu.

Kein Druckfehler in der Krankenkassen-Novelle. In verschiedenen bürgerlichen Blättern steht zu lesen:

Peinliches Aufsehen erregt der jetzt erst entdeckte Umstand, daß bei der Novelle zum Krankenversicherungsgesetz ein grober Druckfehler mit zur Annahme gelangt ist. Im § 21 sollte es nämlich heißen, daß in gewissen Fällen ein Krankengeld bis zur Hälfte des Tagelohnes bewilligt werden kann. In der zuletzt angenommenen Fassung steht aber infolge eines Druckfehlers: „bis zur Höhe des durchschnittlichen Tagelohnes".

Daran ist nach dem „Vorw." richtig, daß in der Zusammenstellung der Beschlüsse der XXII. Kommission im § 21 Abs. 2a steht: „bis zur Höhe des durchschnittlichen Tagelohnes". Dieser Druckfehler steht aber nur in der als Anlage zur Drucksache Nr. 936 veröffentlichten Zusammenstellung der Kommissionsbeschlüsse. In dem eigentlichen Kommissionsbericht steht ganz richtig wie die Kommission beschlossen hat. Die sozialdemokratischen Mitglieder der Kommission hatten beantragt „bis zu dreiviertel", das Zentrum beantragte „bis zur Hälfte"; so wurde beschlossen und nur der Druckfehlerteufel machte aus dem Worte „Hälfte" das Wort „Höhe". Im Plenum des Reichstags hat sich die Sache dann so abgespielt, daß der Präsident die einzelnen Paragraphen nicht mehr verlesen hat; er hat nur Ziffer so und so „der Kommissionsbeschlüsse" aufgerufen und deren Annahme konstatirt. Der Reichstag hat also nicht den Druckfehler beschlossen, sondern nur, was die Kommission wirklich beschlossen hat und was in Nr. 936 der Drucksachen berichtet ist.

Eine Umsturzdebatte gab es dieser Tage im anhaltischen Landtage. Unser Parteigenosse Peus hatte Beschwerde geführt über das Verbot des vom Gewerkschaftskartell in Dessau geplanten Mai-Umzuges. Der Herr Staatsminister v. Dallwitz übernahm es, nach preußischem Vorbilde, ein Schauergemälde vom Umsturz mit Beseitigung der Monarchie, Aufhebung des Eigenthums und allen sonstigen Requisiten zu malen. Zum Schlusse gestattete er zwar den Sozialdemokraten gnädigst, sich im Freien zu ergehen, aber demonstriren, das dürften sie nicht. — Schade, daß der Herr Staatsminister den anhaltischen Sozialdemokraten das Demonstriren am 16. Juni nicht wird verbieten können.

Aus dem Leben eines Zuchthäuslers veröffentlicht die „Hannov. Allg. Zeitung" folgendes Idyll:

Der „Gefangene" ist meist nicht in seiner Zelle eingeschlossen, sondern kann sich häufig auf dem Flur des ersten Stockes des Verwaltungsflügels, wo seine Zelle liegt, frei bewegen. Sehr oft ist er im fast gegenüberliegenden Aufseherzimmer zu finden, seine Prise nehmend. Der „Gefangene" führt stets guten Tabak, der für andere Gefangene nicht erhältlich, bei sich. An dem gemeinsamen Spaziergang der anderen Gefangenen, die im Verwaltungsgebäude internirt sind, nimmt der „Gefangene" nicht theil, trotzdem dies alles nur Gefangene sind, die zum ersten Male bestraft sind und gute Bildung genossen haben. Der „Gefangene" geht jeden Mittag im Garten des nach der Alten Celler Heerstraße zu gelegenen Krankenhofes, seine Zigarre oder Zigarette rauchend, allein auf und ab. Das Bettlager ist beinahe dasselbe wie bei den anderen Gefangenen, nur mit dem Unterschiede, daß der „Gefangene" eigene Decken hat; auch ist das Bett tagsüber wie bei anderen Gefangenen nicht an die Wand geschlossen. Was nun die Beköstigung anbelangt, spricht ja hier der Arzt sehr viel mit, sodaß der „Gefangene" nur selten gezwungen ist, die Hauskost zu essen. Doch auch hier tritt der „Gefangene" wieder hervor: während jeder andere Gefangene einen Blechnapf und Blechlöffel hat, erhält der „Gefangene" außer seinem extra Eßkessel von Blech Porzellanteller, Messer und Gabel."

Der Leser hat bereits angefangen, etwas zu merken. Es handelt sich natürlich nicht um einen gewöhnlichen „Gefangenen", sondern an dessen Stelle ist immer zu lesen „der Prinz", nämlich der Prinz Prosper von Arenberg. Wer nicht ganz begriffsstutzig ist, der hat auch bereits bemerkt, daß ein „Gefangener", dem es im Zuchthaus so gut geht wie diesem Prinzen, offenbar an geistiger Störung leidet. Deshalb läßt sich erwarten, daß dem jetzt gestellten Antrag auf Ueberführung des „Gefangenen" in eine Irrenanstalt kein erheblicher Widerstand entgegengesetzt wird. Für den harmlosen Staatsbürger ergiebt sich daraus aber die Lehre, nicht bloß in der Auswahl seiner Eltern, sondern auch seiner Vettern recht vorsichtig zu sein.

Die „Verführung" des Hofzuges. Aus Rom wird dem „Vorw." geschrieben: „Die römischen Eisenbahner haben das deutsche Bahnpersonal des kaiserlichen Zuges zu einem bescheidenen Bankett eingeladen. Bei dieser Gelegenheit wurden Trinksprüche auf die internationale Solidarität ausgebracht und zum Schlusse die „Arbeiterhymne", also der italienische Sozialistenmarsch gesungen." — Hoffentlich sind die deutschen Hof-Eisenbahner, die in der Heimath jeden Sozialdemokraten meiden müssen, aus der schrecklichen Gefahr, in die sie ahnungslos gerathen, unverdorben herausgekommen. Wenn's nur Budde nicht erfährt!

Kleine politische Nachrichten. Die Ausarbeitung der Ausführungsbestimmungen zum Kinderschutz-Gesetz wird dem Vernehmen nach so gefördert, daß der Bundesrath noch vor seiner Vertagung über den Sommer vollkommen in der Lage sein wird, die Ausarbeitung zu erledigen. — Ob nicht jugendliche Arbeiter und Frauen von gewissen gefährlichen und gesundheitsschädlichen Betrieben ganz auszuschließen seien, darüber finden nach der „Nationallib. Corr." gegenwärtig Erwägungen statt. Die Verhandlungen darüber sind noch nicht zum Abschlusse gebracht. — Wegen Preßbeleidigung des Kaplans in Belk wurden der Redakteur und der Expedient vom „Gornoslazek" in Kattowitz zu je 6 Monaten Gefängniß verurtheilt. — Das Kriegsgericht in Münster i. W. verurtheilte den Artillerie-Einjährigen Stille, der in Trunkenheit in der Nacht zum 5. April einen Franziskanerpater in der Klosterkirche insultirte und mit der Waffe verletzte, zu zwei Wochen Gefängniß. — Der westfälische Provinziallandtag beschloß, daß Maßnahmen zur Ausbauung der Universität Münster, zunächst durch Schaffung eines anatomischen und physiologischen Instituts, getroffen werden. — Die dem internationalen Schiedshof im Haag unterbreitete Frage der Heranziehung der Ausländer zur japanischen Hausteuer wird nach jetzt getroffener Entscheidung im September zur Verhandlung kommen. — Das englische Handelsamt hat die Einfuhr von Thieren aus Argentinien und Uruguay nach Großbritannien vom 12. Mai ab verboten. — Der Führer der spanischen Liberalen, Armida, begab sich zum König und legte dar, daß die Partei im Senat ihrer Stärke entsprechend vertreten sein müsse. Der König versprach, diese Angelegenheit zu prüfen, und ersuchte Armida um Ausarbeitung einer ausführlichen schriftlichen Darlegung der Verhältnisse.

Rußland.

Bartholomäusnacht. Ueber die furchtbare Judenmetzelei, die, wie von uns schon kurz gemeldet wurde, in der Stadt Kischinew (Bessarabien) stattfand, wird der „Wiener Arb.-Ztg." auf Grund von Berichten der Augenzeugen aus Rußland noch Folgendes geschrieben: In der Stadt geht es schrecklich her, heißt es in einem Briefe vom 20. April, 11 Uhr nachts. Die Nacht auf Montag war eine Bartholomäusnacht. In einem Krankenhause sind heute allein zehn Todte und etwa achtzig Schwerverwundete untergebracht. Am nächsten Tage schreibt ein Anderer: Viele aus der jüdischen Bevölkerung sind ohne Obdach geblieben. Die Straßen sind mit Daunen bedeckt. Alle Magazine sind ausgeräubert. Die Krankenhäuser füllen sich mit Todten und Verwundeten. Es ist kein Platz, alle liegen auf dem Fußboden; in den Apotheken gehen die Verbandsmaterialien aus. Es ist bereits der dritte Tag, da in der Stadt alles geschlossen ist; schon den dritten Tag kann man weder Brod noch Fleisch erhalten. Interessant sind folgende Thatsachen: Massakriert wurde unter der Bedeckung der Polizei und des Militärs. Der Gouverneur verließ in den zwei ersten Tagen nicht seine Wohnung. Er hatte außerdem dem Telegraphenamt verboten, private Telegramme nach Petersburg zu befördern. Die Soldaten bauten in den Straßen Barrikaden und gestatteten nicht, den Ueberfallenen zu Hilfe zu kommen. Die Telephonleitung zu dem Gouverneur war unterbrochen, so daß alle Bitten um Hilfe umsonst waren. Die Räuber haben keine Straße und kein Haus gemieden. Die Stadt zeigt ein Bild der Zerstörung. Viele Leichen sind nicht zu erkennen. Alle Thatsachen weisen darauf hin, daß das Massakre organisirt worden ist, wobei nicht geringe Theilnahme das Antisemitenblatt „Bessarabez" genommen hat. Am selben Tage schreibt ein Anderer: Es ist etwas noch nicht Dagewesenes. Die Stadt ist zerstört. Bis heute haben die Behörden die Räuber ermuntert. Die Soldaten haben ebenfalls geräubert. Die Magazine sind vollständig leer. Viele Todte liegen umher, unbegraben. Etwa 200 Verwundete liegen in den Krankenhäusern. Es ist bereits der vierte Tag, da sich Niemand auskleidet und sich schlafen legt. Wer diese Schrecken nicht gesehen hat, der kann sich nicht vorstellen, wie es hier jetzt hergeht. Die Polizei und das Militär bilden Kreise, in deren Zentrum gemordet und geräubert wurde und die Polizei zeigte den Mordenden, wo Juden wohnen. Glaubt nicht, daß ich überspannte Geschichten erzähle, ich kann nicht den tausendsten Theil davon wiedergeben, was hier geschieht. Diesen Augenblick haben sich in unserem Hof die Männer aus unserer Straße versammelt und wir warten, bis an uns die Reihe kommt. . . . . In einem weiteren Brief heißt es: Sonntag, Montag und Dienstag konnte man in den jüdischen Stadttheilen bis an die Knie in Daunen spazieren gehen. Alle Gegenstände wurden vernichtet. Das Blut floß in Strömen. Es sind mehr als hundert Todte, verwundet sind etwa vierhundert Personen. Viele sind wahnsinnig geworden. Unter den Mordenden befanden sich selbst Kinder und Frauen. Die Unglücklichen versuchten sich in den Kellern zu verstecken, andere auf dem Dach; man warf sie herunter. Und alles dies geschieht unter den Augen der Polizei und des Militärs. Man schonte weder Frauen noch Kinder, heißt es in dem Bericht eines anderen Augenzeugen. Ich kann nicht verstehen, warum die Behörden keine Maßregel zur Unterdrückung der Metzelei unternommen haben. Der Gouverneur habe nur am dritten Tag vom Zaren die Erlaubniß erhalten, über die Stadt den Belagerungszustand zu verhängen. Selbst intelligente Kreise haben an dem Rauben theilgenommen; selbst diese schämten sich nicht, aus den Kaufläden Goldsachen und andere Gegenstände zu entwenden. Verhaftet sind gegenwärtig etwa achthundert Personen. Einer anderen Schilderung entnehmen wir die folgenden Zeilen: Zwei Tage that die Polizei rein gar nichts, um die Menge zu beschwichtigen. Kinder wurden aus den Fenstern geworfen, die Frauen vergewaltigt und ihnen die Brüste abgeschnitten. Die antisemitische Stimmung hat nach diesen Ereignissen in Kischinew in verschiedenen Städten, wo Juden wohnen dürfen, zugenommen. Ueberall werden ähnliche Bluthaten erwartet, denn die Behörden unterstützen die Bewegung.

Oesterreich-Ungarn.

Vom Nationalitätenkriegsschauplatze. In Agram wurde der Advokat Potocsniak wegen Verbreitung von Proklamationen, die zum Aufstand gegen die Magyaren auffordern, verhaftet. Es sollen auch andere Persönlichkeiten kompromittirt sein. In Essegg wurden Massen von Flugschriften hochverrätherischen Inhalts konfiszirt.

Holland.

Rache für den Generalstreik. Das Amsterdamer Gericht verurtheilte Freitag den wegen Aufreizung angeklagten Genossen Vandergoes zu 4 Monaten Gefängniß.

England.

Die Gewerkschaftsbill verworfen. Das Unterhaus hat am Freitag die Gewerkschaftsbill mit 226 gegen 246 Stimmen verworfen. In seiner Schlußrede erklärte Ministerpräsident Balfour, eher sei ein Schutz der Arbeitswilligen nöthig, als eine Gewerkschaftsbill. Wenn aber doch, so müsse erst eine Parlamentskommission Trusts und Gewerkschaften untersuchen, ehe die Gesetzgebung eingreifen könne. — Die englische Gewerkschaftsbill ist unter dem Titel „Trades Disputes Bill" bekannt und hat folgenden Wortlaut: „1. Eine oder mehrere Personen, die in ihrem eigenen Namen oder im Namen einer eingeschriebenen oder nichteingeschriebenen Gewerkschaft oder Vereinigung handeln, sollen zwecks Vorbereitung oder Fortführung eines gewerblichen Konflikts das Recht haben, sich neben einem Hause, Platze, Arbeits- oder Geschäftsraume aufzuhalten, um 1. Nachrichten in friedlicher Weise zu empfangen und zu ertheilen; 2. Personen in friedlicher Weise zu überreden, die Arbeit fortzusetzen oder niederzulegen. 2. Ein Uebereinkommen oder eine Vereinigung von mehreren Personen, um zur Vorbereitung oder Förderung eines gewerblichen Konflikts irgend eine That auszuführen oder ausführen zu lassen, soll nicht strafbar sein, wenn eine solche That, von einer einzelnen Person ausgeführt, nicht strafbar ist." Der Zweck dieses Entwurfs ist klar. Das Streikpostenstehen (Picketing) sollte gesetzlich gemacht werden, und die Gewerkschaftler sollten gegen Klagen wegen Verschwörung geschützt sein. Hervorgerufen wurde dieser Entwurf durch den bekannten Taff-Thal-Entscheid vom 22. Juli 1901, der die Gewerkschaft als Ganzes mit ihren Kassen haftbar macht für irgend eine ungesetzliche Handlung, die während eines Streiks von den Gewerkschaftlern begangen wird. Diese korporative Haftbarkeit war im Gewerkschaftsrecht aus den Jahren 1871, 1875 und 1876 nicht vorgesehen. Sie ist eine Neuerung, offenbar zum Schaden des Gewerkschaftswesens. In dem Zeitraum 1871 bis 1901 wurden für ungesetzliche Handlungen nur die Personen bestraft, die sie begangen hatten; die Strafe war entweder eine Geld- oder Gefängnißstrafe. Jetzt kommt nun noch zu diesen persönlichen Bestrafungen die Schadenersatzpflicht der Gesammtgewerkschaft hinzu. Das Unterhaus hat dem Verlangen der Gewerkschaften keine Rechnung getragen, sondern, wie schon oben gemeldet, die Bill abgelehnt. Hoffentlich ziehen die englischen Arbeiter die entsprechenden Lehren aus diesem ablehnenden Beschlusse des Geldsackparlaments und lernen endlich einsehen, wie nothwendig es ist, daß sich der Arbeiter nicht nur gewerkschaftlich, sondern auch politisch bethätigt.

Die Rechnung. Das Schatzamt hat nunmehr eine Uebersicht über die Ausgaben für den südafrikanischen Krieg veröffentlicht. Danach haben die Kosten, welche bei Beginn des Krieges auf 6 Millionen Pfund veranschlagt waren, im ganzen die Summe von 211 Millionen Pfund gleich 4220 Millionen Mark betragen.

Balkan.

Zur Lage. Die italienische Regierung erhielt ernste Nachrichten aus Saloniki. Es scheint, daß sich die Schreckensszenen wiederholt haben. Es ist noch unbekannt, ob die fremden Kriegsschiffe Mannschaften gelandet haben. Alle Details fehlen noch. — Einem Privatbriefe entnimmt die „Frankf. Zeitung" die Mittheilung, daß in Saloniki bei dem letzten Straßengemetzel zahlreiche Bulgaren sich selbst entleibten, um nicht den Türken in die Hände zu fallen. Unter letzteren befand sich auch ein 18jähriges Mädchen, eine bulgarische Lehrerin.

Afrika.

Ein französischer Lebensmittelzug, der sich unter militärischer Bedeckung befand, wurde, einer Nachricht aus Algier zufolge, in der Nacht zum Freitag 25 Kilometer von Taghit, 100 Kilometer südlich von der Oase Figig von 600 Reitern und 900 Mann Fußtruppen, die zu den Stämmen der Uladscherir, der Benegil und der Beraber gehörten, aufgehoben. Taghit liegt im Sussana-Thale an dem Wege, auf dem die Zufuhren nach Igli gebracht werden. Die Karawane umfaßte 500 mit Vorräthen und Kleidungsstücken beladene Kameele. Alles wurde geraubt. 30 Mann, die zu der Karawane gehörten, wurden getödtet, 18 verletzt. Die Angreifer, gegen welche ihrer großen Zahl wegen nicht vorgegangen wurde, lagerten sich mitten auf französischem Gebiet bei den Zugängen des Sussana-Thales.

China.

Die Mandschureifrage. Das amerikanische Staatsdepartement erhielt die amtliche Bestätigung von der Verstärkung der russischen Garnison in Niutschwang. Staatssekretär Hay ersuchte den Präsidenten Roosevelt um die Ermächtigung weiterer Vorstellungen in Petersburg. Inzwischen wird russischerseits immer noch Verstecken gespielt: man bezeichnet die Besetzung Niutschwangs als nur „vorübergehend."

Australien.

Alle Räder stehen still. Der Eisenbahnerstreik in dem australischen Bundesstaate Victoria macht sich bereits sehr bemerkbar. Der Eisenbahnverkehr nach dem Innern ist vollständig eingestellt; infolgedessen ist für Lebensmittel und Brennmaterial bereits eine bedeutende Erhöhung der Preise eingetreten. Der Eisenbahnverkehr nach den Vororten hörte so gut wie ganz auf, da nur neun Lokomotivführer eingestellt werden konnten. Zur Aufrechterhaltung des Vorortsverkehrs wurden Straßenbahnwagen und andere Fahrzeuge eingesetzt. Man trifft Vorkehrungen, um die Küstenpost durch Dampfer und die Inlandpost durch Stellwagen zu befördern, da die Lokomotivschuppen von den Ausständigen umlagert werden, um Arbeitswillige fernzuhalten. Die wenigen, im Betrieb befindlichen Züge werden von Leuten geführt, die nicht erfahren genug sind, um die Maschinen vorschriftsmäßig zu bedienen; auch sind infolge falscher Weichenstellung schon mehrfach Zugentgleisungen vorgekommen.

Lübeck und Nachbargebiete.

Montag, den 11. Mai 1903.

In der bekannten gehässigen Weise setzt das Amtsblatt den Kampf gegen uns fort. Es glaubt jedenfalls, damit der nationalliberalen Sache zu dienen; in Wirklichkeit aber schadet es ihr nur. Diejenigen, die als Nationalliberale bisher noch dem Amtsblatt folgten, die aber als anständige politische Gegner auch die Ueberzeugung Anderer achten, müssen sich schließlich von ihrem Organ abwenden, wenn sie sehen, daß dieses nicht anders kann, als durch wüste Schimpfereien und Verleumdungen die Sozialdemokratie zu bekämpfen. Nicht darin liegt die Stärke einer Partei, daß diese resp. ihr Organ den Gegner mit Koth bewirft, sondern darin, daß sie, vertrauend auf die Werbekraft ihrer Ideen, diese gegenüber dem Gegner in sachlicher Weise vertritt und ebenso die erhobenen Angriffe zurückweist. Das aber kann oder will das Amtsblatt nicht! Trotzdem aber werden wir im Wahlkampfe auf diese gemeinen Angriffe nicht reagiren und lehnen es ab, auf das Niveau eines im Schmutz herumwühlenden Gassenjungen herabzusteigen. Das hieße solchen Gegnern zu viel Ehre anthun! Deshalb verzichten wir auch darauf, die Verläumdungen des Amtsblattes gegen unseren Genossen Schwartz zu widerlegen. Zur Kennzeichnung jener Herren sei nur darauf hingewiesen, daß sie die Thätigkeit unseres Genossen im Reichstage als „unproduktiv", seine Behauptungen als „naiv" hinstellen. Nun, Gen. Schwartz steht über derartigen persönlichen und gehässigen Angriffen hoch erhaben da, sodaß es hier keiner Rehabilitirung bedarf. Ebensowenig bedürfen die Behauptungen, unsere Wählerversammlung am Donnerstag sei „ziemlich gut" und in der Hauptsache von „jungen Burschen" besucht gewesen, die die Rolle von „Lückenbüßern" übernommen hätten, einer Entgegnung. An den Pranger gestellt sei nur die Lüge, „zielbewußte Genossen" hätten sich in jener Versammlung in „flegelhaften Aeußerungen" gegen den Berichterstatter des Amtsblattes ergangen. Die „jungen Burschen" werden zweifellos durch die Kampfesweise des Amtsblattes nur noch mehr angespornt in ihrer Agitationsthätigkeit für die Sozialdemokratie. Sie werden am 16. Juni abermals dafür sorgen, daß der bisherige Reichstagsabgeordnete Theodor Schwartz mit großer Majorität als Sieger aus dem Wahlkampfe hervorgeht. Das ist die beste Antwort, die die „jungen Burschen" dem Amtsblatt ertheilen können!

Bauarbeiterrisiko. Seitens der Bauarbeiterschutzkommission wird uns mitgetheilt, daß beim Bau auf der Gelbgießerei der Schröder'schen Fabrik, Unternehmer Ruhnau und Ernst, am Sonnabend Nachmittag 4 Uhr der Maurerpolier H. Krüger und der Arbeiter Grube infolge eines Dacheinsturzes — der beim Höherschrauben des Daches entstand — verunglückten. Der Polier trug einen Knöchelbruch am Bein und eine Quetschung, der Arbeiter eine starke Kopfwunde und eine Verletzung am rechten Auge davon. Die Beiden mußten ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen. Der Unfall hätte vermieden werden können, wenn etwas mehr Vorsicht angewandt worden wäre. — Ferner theilt die Kommission uns mit, daß in der Krähenstraße, Koks Hof, dem Arbeiter Fick ein eichenes Brett aus einer Höhe von reichlich vier Metern platt auf den Kopf fiel. Die Verletzung ist, soweit bis jetzt festgestellt, nicht erheblich.

Die Nationalsozialen scheuen das Licht der Oeffentlichkeit, das ging schon daraus hervor, daß sie vor den einzelnen Thoren Versammlungen abhielten, zu denen sie pr. Postkarten einluden, also eine gute Auswahl treffen konnten. Das geht aber ferner daraus hervor, daß sie zu heute Abend „eine Versammlung nur für die Herren Beamten der Kaiserlichen Post und Telegraphie" einberufen haben. Dort wird Herr Tischendörfer sein Programm entrollen; er wird es jedenfalls auch nicht unterlassen, im trauten Kreise, wo ihm Niemand entgegentreten kann, die Sozialdemokratie in der bekannten Art zu „bekämpfen". Nun, wir gönnen den Nationalsozialen das Vergnügen, wissen wir doch, daß ein nicht geringer Theil der Unterbeamten am 16. Juni trotz alledem einen Stimmzettel für unseren Kandidaten Schwartz in die Wahlurne steckt!

Arbeiterrisiko. Der in der Holzbearbeitungsfabrik von Appel beschäftigte Tischler A. Beeck verletzte sich Sonnabend Vormittag an der Hobelmaschine drei Finger der linken Hand.

Opfer des Meeres. Bei dem letzten Unwetter sind 8 Segler gestrandet und zwar: „Naima" aus Nystad, „Fanny" aus Raumo, „Arthur" aus Raumo, „Flying Fish" aus Lysekil, „Hilda" aus Monstera, „Fritjof", „Sampo" aus Kopenhagen und die Yacht „Tiden Pröve" aus Skillinge. Leider scheint damit aber die Zahl der verloren gegangenen Schiffe noch nicht erschöpft zu sein. Es werden noch 7 Segler vermißt. Hoffentlich bestätigt sich die Befürchtung, daß diese ebenfalls Opfer des Sturmes geworden sind, nicht.

Das Seeamt hatte sich in seiner letzten Sitzung mit dem am 30. März erfolgten Zusammenstoß des schwedischen Schooners „Hermine" mit einer Pfahlgruppe im Umschlaghafen zu beschäftigen. Das Schiff verließ am genannten Tage Nachmittags im Tau des Schleppers „Wakenitz" den hiesigen Hafen, um in See zu gehen. Etwa 100 Meter von der Pfahlgruppe entfernt, warf der Kapitän des Schleppers, der noch ein anderes Schiff mit schleppen wollte, die Trosse des Seglers los. Er rief dem Führer der „Hermine", Kapt. Eneberg, zu, dieser solle Backbord steuern. Das geschah auch, trotzdem aber rannte das Schiff mit voller Wucht gegen die Pfahlgruppe. Infolge des Stoßes ist der Steuerbordbug des Schooners eingedrückt und außerdem der Strompfahl verrückt worden. Der Reichskommissiar schob die Schuld dem Führer des Schleppers zu, dieser hätte die Trosse niemals so nahe der Pfahlgruppe los werfen dürfen. Kapt. Eneberg aber habe der Hafenordnung entgegengehandelt, indem er den Bordanker nicht klar hatte. Das Seeamt fällte folgenden Spruch: „Der Unfall des Schooners „Hermine" ist vom Führer des Schleppdampfers „Wakenitz" dadurch verschuldet, daß dieser in gefährlicher Nähe des getroffenen Strompfahles die Trosse, die ihn mit dem Schooner verband, losgeworfen hat."

Schulgeldzahlung. Das für Schüler der Städtischen Schulen für das 1. Vierteljahr des Schuljahres 1903/04 (Ostern bis Johannis) fällig gewesene und noch unberichtigt gebliebene Schulgeld ist vom Sonnabend, den 9. bis zum Dienstag, den 12. ds. Vorm. von 9—1 Uhr und Nachm. von 3—5 Uhr bei der Kasse der Ober-Schulbehörde Glockengießerstr. 4 einzuzahlen.

Kinder sollen sich nicht auf den Rasen setzen! Diese Mahnung schärfe man in jetziger Zeit, wo das junge Grün auf den Wiesen und Wegrändern so verlockend zum Hinsetzen einladet, den Kindern allen Ernstes ein, wenn sie hinauseilen ins Freie. Die Erde ist zwar trocken, aber kalt, und schwere Erkrankungen können die Folge des Niedersetzens sein. Auch das Sitzen auf Steinen und Steinbänken ist zur jetzigen Jahreszeit nicht ohne Gefahr. Mögen darum alle Eltern ihren Lieblingen immer und immer wieder obige Mahnung mit auf den Weg geben und auf deren strengste Befolgung ein wachsames Auge haben.

Einer Reparatur unterzogen werden gegenwärtig die Holstenthorthürme, an denen sich einige schadhafte Stellen befinden.

Güterrechtsregister. Am 9. Mai 1903 ist eingetragen, daß der Tischler F. J. H. Heyck in Lübeck das Recht seiner Ehefrau J. F. H. T. geb. Leder, innerhalb ihres häuslichen Wirkungskreises seine Geschäfte für ihn zu besorgen und ihn zu vertreten, ausgeschlossen hat.

Die nächste Versammlung der Bürgerschaft findet am kommenden Montag Vormittag 10 Uhr im Bürgerschaftssaale statt.

Zur Beachtung für Radfahrer! Das Polizeiamt erläßt folgende Bekanntmachung: Auf Grund des § 6, Abs. 2 der Verordnung vom 18. März 1899, das Fahren mit Fahrrädern betreffend, wird bis auf Weiteres jedoch nur an den Werktagen während der Tageszeit (½ Stunde vor Sonnenaufgang bis ½ Stunde nach Sonnenuntergang) der Verkehr mit Fahrrädern auf dem Fußwege der Lübeck-Travemünder Chaussee von der Abzweigung der Schlutuper Chaussee bis zur Herrenbrücke gestattet. Durch das Radfahren darf der Fußgängerverkehr nicht behindert werden. Die Radfahrer haben entgegenkommenden, zu überholenden oder in der Fahrrichtung stehenden Fußgängern mindestens 10 Meter vorher nach der Fahrstraße hin auszuweichen. Ist dies nicht möglich, so müssen sie absteigen und das Rad vorbeiführen. Zuwiderhandlungen werden mit Geldstrafe bis zu 60 Mark oder mit Haft bis zu 14 Tagen bestraft.

pb. **Schadenfeuer.** Am Sonntag Nachmittag 5¼ Uhr wurde die Feuerwehr nach dem Grundstück des Schumacher'schen Fischindustriebetriebes Dornestraße 42c gerufen, woselbst in der Braterei ein kleines Schadenfeuer ausgebrochen war, das durch die schnell herbeigeeilte Feuerwehr in ganz kurzer Zeit unter Anwendung nur eines Schlauches gelöscht werden konnte. Der Brand ist wahrscheinlich dadurch entstanden, daß sich in dem am Tage vorher ausgebrannten Schornstein noch glimmende Fettheilchen befanden, die in eine mit Fett getränkte Bratpfanne fielen und ersteres entzündeten. Von hier aus theilten sich die Flammen dem auf dem Herd liegenden kleingemachten Holz mit, welches für den nächsten Morgen zum Feueranzünden gebraucht werden sollte, und verbreiteten sich dann noch über einen daneben liegenden Bratofen. Der Schaden ist nur gering.

pb. **Ermittelt** wurden 2 Arbeiter, die vom Hofe eines in der Kapitelstraße belegenen Hauses einem Bauunternehmer gehöriges Zink sich rechtswidrig aneigneten und es an einen Produktenhändler für 3 Mk. verkauften.

pb. **Lebensmüde.** Am 30. v. M. erhängte sich in dem lübeckischen Darfe Dissau ein dem Trunke ergebener Arbeiter, Insasse des dortigen Armenhauses.

pb. **Zechpreller.** Ein Mundharmonika-Künstler, der mehrere Tage in einem hiesigen Gasthofe wohnte und sich, ohne seine Logisschuld und seine Zeche zu begleichen, gestern morgen heimlich in aller Frühe unter Mitnahme seiner sämmtlichen Sachen und einer dem Wirth gehörigen Kleiderbürste entfernte, wurde zur Anzeige gebracht wegen Betruges.

pb. **Körperverletzung.** Gegen einen Krämer in der Adlerstraße wurde Anzeige wegen Verletzung eines achtjährigen Knaben erstattet.

pb. **Fahrradstiebstahl.** Vom Flur eines an der Beckergrube belegenen Hauses wurde ein Fahrrad, Marke „Diana", mit der Polizei-Nummer 1710, schwarzem Gestell, gelben Felgen und gerader Lenkstange gestohlen.

Selmsdorf. Zu einer imposanten Kundgebung für die Sozialdemokratie gestaltete sich die am gestrigen Sonntag auf der Diele des Herrn Million abgehaltene, seitens der Sozialdemokratie einberufene Wählerversammlung. Es mochten annähernd 300 Personen aus Selmsdorf und der näheren Umgebung anwesend gewesen sein, die in lautloser Stille den Ausführungen des Genossen Stelling aus Lübeck über die bevorstehenden Reichstagswahlen und die verschiedenen Parteien lauschten. Unser Genosse nahm hier auch gleich die Gelegenheit wahr, dem Herausgeber und Redakteur der „Wöchentlichen Anzeigen", die bekanntlich in ergötzlicher Weise die Sozialdemokratie mausetodt machen wollten, ein paar kräftige Worte zu sagen. Der Herr, Schröder ist sein Name, war verurtheilt, diese Strafpredigt stehend mit anzuhören. Er verhielt sich jedoch mäuschenstill, auch als ihm völlige Redefreiheit gewährt wurde. Der Herr schwieg. Die Ausführungen des Referenten fanden stürmischen Beifall. — Der zahlreiche Besuch dieser Versammlung liefert uns den besten Beweis dafür, daß Selmsdorf und Umgegend roth ist und roth bleibt, trotz der „Wöchentlichen Anz." und ihres tapferen Herrn Redakteurs.

Aus der Arbeiterbewegung der Nachbargebiete. In Bergedorf ist Genosse Kloth, Bauarbeiter, an Blutvergiftung im Alter von 35 Jahren verstorben. Er war ein allzeit thätiger, braver Genosse! — Die Sperre über die Firma Gebr. Petersen in Flensburg ist von dem Hafenarbeiterverband aufgehoben worden. Der Kartellvorsitzende hatte mit der Firma verhandelt und einer Einigung vorgearbeitet. Somit ist auch der Boykott des Gewerkschaftskartells gegen die Firma hinfällig geworden. Für den Einigungsvorschlag stimmten 61, dagegen 1 Hafenarbeiter. — Der Maurerstreik in Güstrow ist nach 14tägiger Dauer durch beiderseitiges Entgegenkommen der Parteien beendet. Die Maurer nehmen am Montag die Arbeit wieder auf und erhalten sofort 38 Pfg., vom 1. August d. J. 39 Pfg. und vom 1. Januar 1904 40 Pf. Stundenlohn. Gezahlt waren bis 37 Pf., gefordert sofort 40 Pf. Stundenlohn.

Kleine Chronik der Nachbargebiete. Der Hamburger Reichspostdampfer „Gouverneur" ist in der Nähe der Hembabucht (Afrika) gestrandet. Post und Passagiere sind geborgen. — Bei Hyllekoog (Dänemark) strandete der Hamburger Dampfer „Woglinde", mit Getreide vom Schwarzen Meer nach Kalmar bestimmt. Das Schiff ist wahrscheinlich mit Wasser gefüllt und hat die Hülfe der Svitzer Bergungsgesellschaft angerufen. — Die Auswanderung über Hamburg im Monat April beträgt 14 840 Personen gegen 13 865 Personen im gleichen Monat des Vorjahres, und seit Beginn des Jahres 1903 50 549 Personen (44 935). — Aus dem Zuge gestürzt ist bei Wandsbek der 7½ jährige Sohn eines in Altrahlstedt wohnenden Tischlermeisters. Der Knabe öffnete selbst die Thür des Abtheils und stieg aus, ehe der Zug hielt. Er erlitt eine schwere Gehirnerschütterung und liegt besinnungslos darnieder. — In der großen Kiesgrube bei Rothenkrug in der Nähe von Apenrade wurde ein junger polnischer Arbeiter von Erdmassen verschüttet und konnte leider erst ans Tageslicht gebracht werden, als der Tod bereits eingetreten war. — Beim Spielen gab die vierjährige Tochter des Malers Kreutz in Güstrow der Tochter des Tischlers Pries aus einer Flasche, die sie in dem Stalle ihres Vaters gefunden hatte, Natronlauge zu trinken, so daß dem kleinen Mädchen Mund und Rachenhöhle schwer verbrannten. — In Bülow bei Teterow soll eine Schnitterin ertrunken sein.

Hamburg. Gerüsteinsturz bei einer Eisenbahnbrücke. Ein Unfall, der leicht schlimme Folgen hätte haben können, ereignete sich Sonnabend Morgen Ecke Nagelsweg und Norderstraße. Die dortige eiserne Eisenbahnbrücke der Lübecker Bahn sollte von dem Holzgerüst, auf dem sie während der Montirung geruht, an die eisernen Träger gesetzt werden. Als man die einzelnen Theile des Holzgerüstes entfernte, brach diese zusammen und die Brücke senkte sich, wobei die vier eisernen Träger-Säulen auswichen und gegen das Mauerwerk gedrängt wurden. Ein eben vorüberfahrendes Fuhrwerk des Töpfers Eggers u. Sohn wurde von herabfallenden Balken und Brettern getroffen, die Pferde kamen zu Fall und wurden unter Gerüsttrümmern begraben. Die herbeigerufene Feuerwehr befreite die Pferde aus ihrer schlimmen Lage. Sie sind ohne erhebliche Verletzungen davongekommen. Menschen wurden nicht verletzt, da die bei dem Brückenbau arbeitenden 5 bis 6 Personen beim Eintreten des Unfalls schnell zur Seite sprangen und sich in Sicherheit brachten.

Hamburg. Wozu man Geld übrig hat. Für den Kaiser-Empfang und die damit verbundenen Festlichkeiten am 20. Juni bei der Enthüllung des Kaiser Wilhelm-Denkmals hat der Bürger-Ausschuß 175 000 M. bewilligt. Der Senat hatte für den Zweck 225 000 M. gefordert. Die Kosten für das Kaiserzelt auf dem Rathhausmarkt sind allein auf 25 000 Mk. veranschlagt. — Wie man sieht, hat Hamburg wohl für Prunkfeste Tausende und Abertausende übrig, nicht aber für Kulturzwecke!

Klütz i. M. Eine liberale Wählerversammlung fand am Sonnabend hierselbst statt. Der Kandidat W. Menzel-Hamburg entwickelte sein bekanntes Programm. Geleitet wurde die Versammlung von Herrn Wienandt-Lübeck. In der Diskussion erhielt Genosse Th. Bartels 15 Minuten Redezeit, und ging in dieser Zeit recht eingehend auf die parlamentarische, sowie auf die kommunale Thätigkeit der freisinnigen Volkspartei ein. Herr M. wußte weiter nichts zu erwidern, als nach dem Zukunftsstaat der Sozialdemokratie zu fragen. Als unser Genosse auch hierauf eingehen wollte und zum zweiten Male das Wort erbat, jedoch nur 5 Minuten sprechen sollte, entstand großer Tumult, inszenirt von beiden Seiten, sodaß schließlich die Arbeiter das Lokal verließen. Nachträglich soll Herr Winkler-Berlin noch seinen Speech losgelassen haben!

Bremen. Die „humane" Direktion des Bremer Vulkan macht jetzt den Versuch, Zersplitterung in die Reihen der Arbeiter zu tragen, um sich die Ausführung ihres Henkerplanes zu ersparen. Sie hat nach unserem Bremer Parteiorgan durch Anschlag bekannt gemacht, daß diejenigen Nieter durch die Meister eingestellt werden können, welche sich verpflichten, die „gerechtfertigte" Anzahl Nieten pro Tag zu schlagen. Es steht zu hoffen, so meinen bürgerliche Blätter, daß eine für beide Theile annehmbare Einigung zu Stande kommt. Die Hoffnung wäre nur berechtigt, wenn die Werftleitung sich zu Verhandlungen mit den Arbeitern, zu denen diese sich hier wie bei Tecklenborg bis auf den letzten Augenblick bereit erklärt haben, verstehen würde. Wenn aber die Werftleitung unter der „gerechtfertigten" Anzahl Nieten diejenige versteht, wegen deren Nichtausführkeit sie den Arbeitern kündigte, dann steht es sicher faul um den Frieden. Einmal zum Kampfe gedrängt, werden die Arbeiter sich ihrer Haut zu wehren wissen. Sie alle, in Werften und Fabriken, umschlingt das einigende Band „Solidarität!" Die Solidarität der gesammten Arbeiter an der Unterweser wird das Bollwerk bilden

an welchem der Uebermuth der Unternehmer zerschellen soll!

Oldenburg. Kaiserworte und Wirklichkeit. Bekanntlich hat der Kaiser in einer Rede gegen die Sozialdemokratie gesagt: „für den deutschen Arbeiter ist in jeder Lebenslage gesorgt.“ Eine drastische Illustration zu diesem Kaiserwort liefert nachfolgendes Inserat des „Gen.-Anz.“:

„Aelterer fleiß. Mann (verh.), welcher durch Betriebsunfall die linke Hand einbüßte und von der Unfallrente allein nicht existiren kann, sucht Verdienst. In letzter Stellung 23 Jahre.

Gefl. Offerten erbeten Claßen, Aeuß. Damm 20 a.

Der Mann sucht nun schon seit Herbst vorigen Jahres Arbeit und hat immer noch keine gefunden! Wie stimmt nun dies mit den Kaiserworten überein?

Letzte Nachrichten.

Breslau. Hochwasser in Schlesien. Gewaltige Wolkenbrüche, zum Theil verbunden mit starken Gewittern, sind in der Nacht zum Sonnabend in mehreren Theilen Schlesiens, — besonders sind Mittel- und Niederschlesien davon betroffen worden — niedergegangen und haben Ueberschwemmungen und Hochwasser verursacht. Bei Liegnitz hat die Katzbach die Umgebung des Schützenhauses und die Militärbaracken überschwemmt. Feuerwehr und Militär sind zur Hilfeleistung requiriert worden. In Jauer hat die Wüthende Neiße viele Häuser unter Wasser gesetzt, sodaß sie geräumt werden mußten. Wie aus Waldenburg gemeldet wird, ist infolge eines Freitag Abend in der Nähe vom Bahnhof Ruhleben niedergegangenen Wolkenbruches auf der zweigleisigen Eisenbahnstrecke zwischen Ruhbank und Wittgendorf eine gewölbte Bahnunterführung eingestürzt und der Bahndamm ausgespült. Der Personenverkehr wird an der Unfallstelle durch Umsteigen aufrecht erhalten. Der Güterverkehr muß umgeleitet werden.

Berlin. Eine Brieferplosion ereignete sich dieser Tage auf dem Briefpostamt beim Stempeln von Briefsendungen. Als der Unterbeamte einen umfangreichen Brief unter Anwendung des Hammerstempels mit dem Aufgabestempel versah, ertönte plötzlich ein Knall. Aus dem Briefe stiegen dicke Rauchwolken empor. Personen wurden nicht verletzt, doch sind eine Anzahl Briefsendungen angesengt. In dem Briefe waren 200 Wachsstreichhölzchen und eine silberne Zündholzdose. Der Besitzer ist ermittelt.

Dresden. Bei einer Kesselexplosion wurden in der chemischen Fabrik von Dr. Miersch in Lohmen neun Arbeiter durch Brandwunden schwer verletzt, zwei davon lebensgefährlich. Das Gebäude brannte bis auf die Umfassungsmauern nieder.

Leipzig. Wegen Mordversuches verurtheilte das Schwurgericht den Handarbeiter Zschau zu 8 Jahren Zuchthaus. Er hatte die Zigarrenhändlerin Rüger, als sie die Liebschaft mit dem bereits verheiratheten Angeklagten abbrach, durch Hammerschläge zu ermorden versucht.

Göttingen. Eine Diphtheritis-Epidemie ist im Flecken Waake ausgebrochen. Bis jetzt sind etwa 20 Kinder gestorben. Die Sanitätsbehörde trat umfassende Maßnahmen.

Meiningen. Ein Blitz, der in den Thurm der Hauptkirche von Peilsdorf (Bezirk Hildburghausen) fuhr, steckte den Thurm in Brand, der innerhalb 7 Stunden völlig ausbrannte; die Kirche selbst konnte gerettet werden.

Nürnberg. Wegen versuchten Verbrechens gegen das keimende Leben verurtheilte das hiesige Schwurgericht nach zweitägiger Verhandlung die geschiedene Bäckermeistersfrau Marie Ackermann zu neun Monaten Gefängniß, die ledige Kinderwärterin Margarethe Gebhard wegen wiederholter Beihilfe zu diesem Verbrechen zu drei Jahren Zuchthaus und fünf Jahren Ehrverlust.

Bonn. Der diebische Korpsbruder. Im Korpshause der Saxonia wurde im vorigen Semester eine Reihe größerer Diebstähle ausgeführt. Der Schuldige ist jetzt in der Person eines Korpsbruders, des Freiherrn v. O., ermittelt worden.

Düsseldorf. Die Skandalaffäre. Der vom Schwurgericht zu 1½ Jahren Zuchthaus verurtheilte Leutnant Loew hat auf das Rechtsmittel der Revision verzichtet. Gleichzeitig hat er die Berufung gegen das frühere Schöffengerichtsurtheil, durch das er wegen Mißhandlung zu sechs Monaten Gefängniß verurtheilt worden war, zurückgezogen.

Köln. Gemeiner Bubenstreich. Untersuchungen auf der Strecke der Kleinbahn Wermelskirchen-Burg ergaben, daß etwa 180 kupferne Schienenverbinder in den letzten Nächten gestohlen wurden. Die Bahnverwaltung hat eine namhafte Belohnung auf die Ermittelungen der Spitzbuben ausgesetzt, welche durch ihr verbrecherisches Treiben sehr leicht ein Eisenbahnunglück herbeiführen konnten.

Trier. Von Wilderern erschossen. Der Förster Jung wurde in der Nacht zum Sonnabend im Walde bei Gusterrath von Wilddieben erschossen. Seine Leiche war von sieben Schüssen durchbohrt.

Heidelberg. Zwei Kinder ertrunken. In Steinsfurth (Amt Sinsheim) sind zwei dreijährige Mädchen in der Elsenz ertrunken. Die Kinder wollten auf der Wiese Blumen pflücken und fielen hierbei in den Bach.

Pilsen. Aus Eifersucht erschoß der Feldjäger Franz Heß seine Frau und dann seine elfjährige Tochter; Heß stellte sich später selbst der Polizei.

Graz. Familiendrama. Der Gastwirth Ranner in Diemlach bei Bruck an der Mur (Steiermark) hat aus Verzweiflung über die Entziehung der Gastwirthskonzession seine vier Kinder und dann sich selbst erschossen.

Söderhamm. Bei einer Feuersbrunst an Bord des Dampfers „Melanie“ aus Götenborg verbrannte der 18jährige deutsche Matrose Johannes Koch.

Lübecker Marktpreise vom 9. Mai.

Bauern-Butter Pfd. 1,05 Mk., Meierei-Butter Pfd. 1,15 Mk., Hasen Stck. —,— Mk., Enten Stck. —,— Mk., Hühner Stck. 2,00 Mk., Küken Stck. —,— Mk., Tauben Stck. 0,50 Mk. Gänse Pfd. —,— Pf., Flickgans —,— Mk., Schweinskopf, Pfd. 0,50 Mk., Schinken Pfd. 0,90 Mk., Wurst Pfd. 1,20 Mk., Eier 11 Stck. 60 Pfg., Kartoffeln 10 Liter 50 Pfg., Karpfen Pfd. —,— Mk., Karauschen Pfd. 80 Pfg., Hechte Pfd. 60 Pfg., Barsche Pfd. 60 Pfg., Aal Pfd. 0,80 Mk.

Komitee- u. Kommissions-Sitzungen.

Reichstagswahlkomitee.
Heute Montag Abend 8½ Uhr Sitzung.

Sonntag Morgen entschlief sanft nach kurzem schweren Leiden meine liebe Frau und meiner Kinder gute Mutter

Albertine Rieckert, geb. Krempien,

im Alter von 32 Jahren.

Tief betrauert von mir, meinen Kindern und allen Verwandten.

Johannes Rieckert.

Beerdigung Mittwoch den 13. Mai, Vormittags 8¾ Uhr, von der Kapelle (Burgthor) aus.
Trauerfeier 8½ Uhr

Nachruf.

Am 8. Mai starb plötzlich durch Unfall unser Kollege

Fr. Ohmsen.

Ehre seinem Andenken

Die Beerdigung findet am Dienstag den 12. Mai, Morgens 10¾ Uhr, statt.

Versammlung 10 Uhr im Vereinshaus. Abmarsch 10¼ Uhr.

Um rege Betheiligung ersucht

Der Vorstand der Sektion Kohlenarbeiter.

Zum 1. Juli die 1. Etage
2 Zimmer und Zubehör
Bülowstraße 8.

Sofort junger Knecht, der die Schule verlassen
Maner, Ecke Weberstraße 41 a.

Gesucht 1 kräftig. Arbeitsbursche
von 14—16 Jahren, sofort
Brauerei Hochbaum, Schulstr. 8.

Pfaffenspiegel
5. (neueste) Auflage.
Zu beziehen durch die
Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.

Eimerbier

Jeden Dienstag und Freitag, Nachmittags von 5 Uhr ab, außer in meiner Brauerei, auch in meinem neu erbauten Verkaufslokale

Schwart. Aller 8

empfiehlt

Hermann Stamer

Bierbrauerei — Malzextraktfabrik.

Weine und Spirituosen, Kolonialwaaren
zu den billigsten Preisen.
August Maass, Heinrichstr. 18.

Durch die nicht unwesentliche Steigerung des Petroleum-Marktes während der letzten Woche werden wir gezwungen, von Montag, den 11. d. Mts., ab unsere Preise für garantirt rein amerikanisches

Petroleum in Kannen
auf 12 Pfg. per 1/1 Pfund bezw. 20 Pfg. per 1/1 Liter

zu erhöhen.

Wir bitten unsere verehrliche Kundschaft davon Kenntniß zu nehmen und halten uns fernerhin bestens empfohlen.

Die Petroleum-Kannenhändler in Lübeck.

Du Du-Ro-Leum

ist doch das einzig Wahre!

anerkannt vorzüglichstes und haltbarstes **Fussboden-Glanz-Oel.**

Pfund 60 Pfg.

Patent-Bohnermasse. — Bohnertücher etc.

John Jacobsen

J. H. Lenschau Nchfg.

Grosse Burgstrasse 7.

Fernsprecher 1151. — Fernsprecher 1151.

Henkels Bleich-Soda

Oeffentliche Kartell-Versammlung
am Mittwoch den 13. Mai
Abends 8½ Uhr
im Vereinshaus, Johannisstr. 50/52

Tages-Ordnung:
Erledigung der eingegangenen Sachen.

Die Kartell-Kommission.

Verloren am Sonnabend ein Portemonnaie mit etwas über 33 Mark von der Blankstr. über Marly bis Herrnburg gegen 5 Mk. Belohnung bitte abzugeben Aegidienstraße 18, Laden oder Reiber, Herrnburg.

Die Nord-Wacht.

Dreimal wöchentlich erscheinendes politisches Organ für das werkthätige Volk Nordwestdeutschlands.

Preis monatl. 50 Pfg., viertelj. 1,50 Mk.

Redaktion u. Exped.: Bant, Neue Wilh.-Str. 82.
— Postzeitungsliste Nr. 5820. —

Zur Agitation auf dem Lande ganz besonders geeignet. **

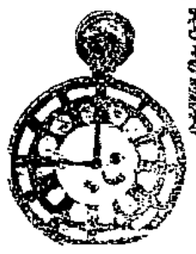
Probenummern stehen zur Verfügung.

Achtung! Schauerleute!

Mitglieder-Versammlung
am Montag den 11. d. Mts.
im Vereinshaus, Johannisstr. 50/52

Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gemacht.

Der Vorstand.



Uhren reinigen . 1,50,
Federn einsetzen . 1,50,
1 Jahr Garantie.
Uhrgläser 1. Qual. 0,30.
Aug. Büttner,
Uhrmacher,
Hüxstraße 82.

Holzarbeiter-Verband

Mitglieder-Versammlung
am Dienstag den 12. Mai
Abends 8 Uhr
im Vereinshaus, Johannisstr. 50/52

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Kollegen Schulz über: „Die Bedeutung der gewerkschaftlichen Organisation.“
2. Fragekasten.
3. Verschiedenes.

Um zahlreiches Erscheinen ersucht

Die Lokalverwaltung.

Achtung! Kohlenarbeiter!

Mitglieder-Versammlung
am Montag den 11. Mai
Abends 8½ Uhr
im Vereinshaus, Johannisstr. 50/52

Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gemacht.

Der Vorstand.

Gesang-Verein „Einigkeit“
(St. Gertrud).

Tombolaverloosung vom 10. Mai 1903.

Es wurden nachstehende Nummern mit Gewinnen gezogen:

6	23	73	77	107	149	157
165	185	211	214	223	274	288
298	319	400	401	433	434	436
575	604	612	614	655	726	811
830	839	894	932	963	973	983
1027	1127	1133	1144	1176	1195	1222
1278	1342	1387	1393	1411	1480	1484
1486	1492	1504	1555	1587	1611	1616
1627	1638	1671	1685	1744	1860	1867
1900	1933	1944	1946	1971	1980	2003
2089	2103	2134	2147	2171	2176	2215
2243	2338	2361	2425	2579	2600	2639
2641	2649	2706	2711	2717	2745	2779
2816	2829	2842	2866	2891	2921	2925
2969	2986					

Die Gewinne können von Montag Abend von 8 Uhr ab auf „Neu-Lauerhof“ in Empfang genommen werden.

NB. Gewinne, welche bis zum 1 Juni d. Js. nicht abgeholt sind, verfallen der Vereinskasse.

Der Vorstand.

Verantwortlicher Redakteur für den gesammten Inhalt der Zeitung mit Ausnahme der Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“, sowie der mit J. St. gezeichneten Artikel und Notizen: Otto Friedrich.
Verantwortlicher Redakteur für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“, sowie die mit J. St. gezeichneten Artikel und Notizen: Johannes Stelling. — Verleger: Theodor Schwartz.
Druck von Friedr. Meyer & Co. — Sämmtliche in Lübeck.

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 109. Dienstag, den 12. Mai 1903. 10. Jahrgang.

Recht!

(Ziele und Wege IX)

Unentgeltlichkeit der Rechtspflege und des Rechtsbeistandes. Rechtsprechung durch vom Volk gewählte Richter. Berufung in Strafsachen. Entschädigung unschuldig Angeklagter, Verhafteter, Verurtheilter. Abschaffung der Todesstrafe.
(Erfurter Programm.)

Gerechtigkeit ist die Grundlage der Königreiche, sagt ein altes, vergessenes lateinisches Sprichwort. Gerechtigkeit sollte die Grundlage der Königreiche sein und sie wird das sichere Fundament des sozialistischen Staates der Zukunft sein.

Wenn Recht wirklich Recht bleiben soll, dann ist es nothwendig, daß im Zivilstreit die Waffen des wirthschaftlich Schwachen denen des wirthschaftlich Stärkeren vor dem Richter gleich sind und daß im Strafprozeß der unbemittelte Angeklagte nicht wehrlos den Angriffen des berufsmäßigen Anklägers ausgesetzt ist. Im Zivilstreit entscheidet für das Gericht das Vorbringen der Parteien; es hängt daher die Entscheidung davon ab, daß dasjenige, was für die Richtigkeit der Auffassung des Unbemittelten spricht, ebenso vorgebracht wird, wie dasjenige, was zu Gunsten seines reichen Gegners in die Wagschale fällt. Die Beschaffung der nöthigen Beweise (Urkunden, Zeugen, Sachverständige) ist zeitraubend und kostspielig. Für die Thätigkeit des Gerichts fallen Gebühren an und von den Zeugen und Sachverständigen werden Entschädigungen beansprucht, die zu gewähren der Minderbemittelte nur schwer, der Unbemittelte überhaupt nicht in der Lage ist. Zwar kann bereits heute der armen Partei, im Falle ihre Streitsache nicht aussichtslos erscheint (worüber die Gerichte befinden!), das Armenrecht, d. i. die vorläufig unentgeltliche Prozeßführung zugebilligt werden; mit dem Prinzip der Unentgeltlichkeit der Rechtspflege hat dieses Gnadengeschenk aber nicht das mindeste gemeinsam. Auch der im vollen Rechte befindliche Arbeiter entschließt sich nur schwer, sich ein Armuthszeugniß ausstellen zu lassen und auf Grund dessen bei Gericht um Bewilligung des Armenrechts zu bitten; außerdem besteht vielfach die im allgemeinen nicht gerechtfertigte Besorgniß, daß Armenprozesse mit weniger Sorgfalt für die Armenpartei geführt werden. Diese Bedenken des Minderbemittelten, der lieber auf Durchführung seines guten Rechtes verzichtet, als um das Almosen des Armenrechtes zu bitten, fallen weg, wenn die sozialistische Forderung der Unentgeltlichkeit der Rechtspflege Verwirklichung gefunden hat.

Recht muß Recht bleiben oder sollte es bleiben, gleichviel, ob der Rechtsuchende Bankier oder Bettelmann ist. Zu diesem Zwecke ist es aber nothwendig, daß sich beide mit gleichen Waffen gegenüberstehen. Das führt zu der Forderung der Unentgeltlichkeit des Rechtsbeistandes. Der gar nicht seltene Fall, daß eine Partei, die von keinem Anwalt vertreten ist, den Prozeß verliert, obwohl sie durchaus im Rechte ist, erklärt sich, von Ausnahmefällen abgesehen, nicht aus Voreingenommenheit des Richters, sondern meist daraus, daß der Laie nicht in der Lage ist und nicht in der Lage sein kann, die einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen und richterlichen Vorentscheidungen zu kennen. Ist die vermögende Gegenpartei durch einen Anwalt vertreten, so wird dieser begreiflicherweise die Unkenntniß des Gegners ausnutzen und vielfach selbst da obsiegen, wo dieser sich im vollen Recht befindet. Noch schlimmer tritt der Unterschied von arm und reich im Strafprozeß zu Tage, in dem der begüterte Angeklagte in der Lage ist, dem Staatsanwalt einen ebenbürtigen oder überlegenen Vertheidiger gegenüber zustellen, während der Unbemittelte den in diesem Falle besonders scharfen Angriffen des staatlichen Anklägers wehrlos gegenübersteht. Es ist hier nicht die Stelle, nachzuweisen, daß der heutige Staatsanwalt eine ganz andere Thätigkeit entwickelt, als ihm bei Einführung dieser Einrichtung zugedacht war; es genügt an die bekannte Thatsache zu erinnern, daß der Staatsanwalt von heute als seine Aufgabe betrachtet, alle die gegen den Angeklagten sprechenden Punkte ins grellste Licht zu stellen, auf Grund dieser seiner Verurtheilung zu beantragen und dem Gericht eine derartig hohe Strafe vorzuschlagen, daß dasselbe sich fast ausnahmslos veranlaßt sieht, unter das vorgelegte Strafmaß herunterzugehen. Hilflos steht der Angeklagte, der meist von Anfang an als schuldig behandelt wird, vor den Richtern; es fehlt ihm die Möglichkeit, der spitzfindigen Beweisführung des geübten Anklägers zu folgen, und wenn er es thun kann, verfügt er nicht über die Fähigkeit und Gewandtheit, um die so nothwendige Erwiderung zu geben. Wie soll er den Beweis seiner Unschuld führen, er, der immer damit rechnet, daß er nicht verurtheilt werden könne, weil er eben unschuldig ist. Deshalb verlangen wir: Gleiches Recht für alle, auch hinsichtlich der Vertheidigung. Darum muß jedem Angeklagten, gleichviel ob arm oder reich, ein Vertheidiger zur Seite gestellt werden, der im Stande ist, die Rechte des Angeklagten gebührend wahrzunehmen.

Unberechtigt ist der Einwand, es würde die Unentgeltlichkeit der Rechtspflege und des Rechtsbeistandes eine außerordentliche Steigerung der Streitfälle im Gefolge haben. Soweit dadurch die Anzahl der begründeten Prozesse steigt oder sich die Abweisung unbegründeter Klagen mehrt, ist das als Zeichen eines gesteigerten Rechtsempfindens und einer Gesundung des Rechtslebens zu begrüßen; soweit muthwillige oder aussichtslose Klagen und Einwendungen erhoben werden, wird sehr rasch das richterliche Urtheil den betreffenden Prozeß aus den laufenden Akten verschwinden lassen. Im Uebrigen trifft für die überwiegende Zahl der Menschen zu, daß sie ebenso ungerne mit dem Gerichte zu thun hat als mit Apotheker, Arzt und Todtengräber.

Der Forderung der Rechtsprechung durch Richter, welche vom Volke zu wählen sind, werden in der Zeit, in welcher die Verfolgung politisch Andersdenkender und wirthschaftlicher Koalitionsbestrebungen der Arbeiter gang und gebe sind, fortgesetzt neue Beleggründe zugeführt. Urtheile über groben Unfug, Majestätsbeleidigungen, Streikvergehen, Uebertretung des Vereins- und Versammlungsrechtes, wie sie im Volke der Dichter und Denker jetzt an der Tagesordnung sind, wären, im Falle die Gesammtheit die Richter als Richter ihres Vertrauens aus ihrer Mitte zu wählen hätte, einfach unmöglich. Richter, welche den Kulturkampf zwischen Kapital und Arbeit lediglich aus den nationalen Plaidoyers der Staatsanwälte kennen, werden niemals im Stande sein, den politischen und wirthschaftlichen Ideen der modernen Arbeiterbewegung irgend welches Verständniß entgegenzubringen. Sie und der zum Beispiel aus § 153 der Gewerbeordnung angeklagte Arbeiter sprechen miteinander in einer fremden Sprache. Der Arbeiter versteht den Juristen nicht, und dieser nicht den Arbeiter. Nur so erklären sich manche Urtheile der letzten Zeit, welche auch in nichtsozialistischen Volkskreisen mit berechtigtem Mißbehagen und Unwillen aufgenommen wurden. Wenn Geschworene für würdig und fähig erachtet werden, über Leben und Tod zu urtheilen, dann sind sie als Männer des Volkes erst recht dazu berufen, über Fragen politischer und wirthschaftlicher Art ihr Urtheil abzugeben. Volksrichter haben keine Strafversetzung von Strafkammern in Zivilkammern, keine Uebergehung bei der Beförderung oder bei der Verleihung irgend eines Ordens 4. Klasse, keine Zwangspensionirung bei Heirath einer Feldwebelstochter, keine Schikanierung, wenn sie über Babel, Bibel und Bebel nicht der offiziellen Ansicht huldigen, und keine Kaltstellung in Posemuckel oder Schöllkrippen zu befürchten; sie urtheilen frei nach dem Empfinden und Rechtsbewußtsein des Volkes, als Theil des Ganzen über dessen angeklagte Mitglieder. Richter, die derart vom Vertrauen der Gesammtheit getragen sind, deren Amt nicht durch Examenszufälle, Zugehörigkeit zu gewissen Studentenverbindungen oder sonstige Protektion erworben ist, werden bei ihren Urtheilen in steter Berührung mit dem allgemeinen Rechtsempfinden sein und auch in den wirthschaftlich schwächsten und akademisch nicht gebildeten Kreisen des Volkes Verständniß und Achtung finden. Die kleine Schweiz ist auch in diesem Punkte, wie in vielen anderen, dem großen Militär-, Marine- und Kolonialstaat Deutschland weit voraus. In ihr wählt das Volk selbst seine Richter, und nicht nur die letzteren, auch das Volk befindet sich wohl dabei. In der Schweiz!

Die Einführung der Berufung in Strafsachen ist eine sozialistische Forderung, die mit den Wünschen weiter bürgerlicher Kreise zusammenfällt. Der Laie und mit ihm die überwiegende Anzahl Juristen vermag nicht einzusehen, daß eine unbedeutende Strafsache außer in der Revision noch in zwei Instanzen durchberathen werden kann, während es gegen das Urtheil in einem schweren Straffall, von dessen Entscheidung vielleicht die ganze Existenz des Angeklagten, das Lebensglück seiner Familie abhängt, keine Berufung giebt. Wer weiß, von welchen Zufällen oft der Urtheilsspruch bedingt ist, wie selbst die Krawatte des Angeklagten oder ein schlechtes Frühstück der Richter von Einfluß sind, der wird niemals damit einverstanden sein, daß die einmalige Prüfung der Sachlage für Schuld und Strafe entscheidend sein soll. Wie wichtig ist es für den Angeklagten, aus dem Gang der Verhandlung und den Urtheilsgründen zu entnehmen, in welcher Richtung er neue Thatsachen und Beweismittel beibringen soll, deren Verwerthung ihm jetzt ebenso abgeschnitten ist, als die Möglichkeit der Herabsetzung einer zu hoch gegriffenen Strafe. Bis nach einer Reihe von Monaten die Berufung zur Entscheidung käme, hätte sich in der Auffassung der Richter gar manches geändert. Auch deshalb erscheint die Forderung der Berufung gegen Urtheile der Strafkammern durchaus gerechtfertigt, weil es jetzt in der Hand des Landgerichts liegt, durch Ueberweisung des Straffalles an das Schöffengericht dem Angeklagten zwei Instanzen zu eröffnen, in anderen Fällen aber sich das Urtheil durch Unterlassung der Ueberweisung selbst vorzubehalten. Bei dem jetzigen Zustand sind die Rechtsschutzgarantieen bei einer Bagatellübertretung größer als bei einem Kapitalverbrechen. Die Schaffung der Berufung gegen Urtheile der Strafkammern würde natürlich auch den Staatsanwälten zu gute kommen, die gegen die Freisprechung Berufung einlegen könnten; immerhin ist es bezeichnend, daß der jetzige Mangel viel mehr von den Angeklagten und deren Anwälten als den Staatsanwälten empfunden wird, die mit den meisten Strafkammerurtheilen recht zufrieden sein können.

Auch die Entschädigung unschuldig Angeklagter, Verhafteter und Verurtheilter ist eine Forderung, die gar nichts Zukunftsstaatliches an sich hat. Ihre Verwirklichung wäre recht gut in der bürgerlichen Gesellschaft möglich, wenn man nur wollte und wenn nicht der Moloch Militär die nöthigen Mittel verschlingen würde. Aber Pickelhauben und Kavallerielanzen stehen nun einmal höher als die einfachsten Forderungen der Gerechtigkeit. Wer einen anderen seiner Freiheit beraubt oder an seiner Ehre verletzt, ist nicht nur schadensersatzpflichtig sondern noch obendrein strafbar. Nur der bürgerliche Staat beansprucht für sich eine Ausnahmestellung. Er klagt an, verhaftet und verurtheilt, ohne durch die Verpflichtung zur etwaigen Entschädigung zur äußersten Vorsicht und Einschränkung genöthigt zu sein. So lange es Menschen giebt, werden Irrthümer vorkommen und unbegründete Anklagen werden sich nie ganz vermeiden lassen. Als selbstverständlich sollte es aber gelten, daß man den bedauernswerthen Opfern derartiger Justizirrthümer den erlittenen Schaden möglichst vollständig ersetzt. Die schweren Stunden, die ein ungerecht Angeklagter oder Verhafteter durchzumachen hat, die bitteren Schmerzen seiner Angehörigen, die Verletzung seiner äußeren Ehre, die Schädigung in gesundheitlicher und beruflicher Beziehung, ganz werden sie

---

Eine Mutter.

Roman von Friedrich Gerstäcker.

10. Fortsetzung.

„Du liebst ihn nicht?“ wiederholte aber auch die Mutter und drehte sich rasch und wie erstaunt der Tochter zu. „Und das sagt das Mädchen mit einer solcher Bestimmtheit, als ob damit die ganze Sache abgemacht und beseitigt wäre!“

„Der Vater hat mich gefragt, Mama, und er verlangt ja doch Wahrheit von mir.“

„Das allerdings, mein Herz,“ sagte der alte Herr ruhig, während sein Blick forschend an dem Antlitz der Tochter hing, „die verlangt er in der That — aber kannst Du mir einen Grund angeben?“

„Und wäre es Liebe, Vater, wenn man einen Grund dafür nennen könnte?“

„Hm,“ sagte der alte Herr, dadurch selber in Verlegenheit gebracht, „Du scheinst Nutzen aus Deiner Lektüre gezogen zu haben, mein Töchterchen. Die Sache ist denn aber doch zu ernsthafter Natur, um ihr durch ein Wortspiel auszuweichen; so höre denn, was ich Dir darüber zu sagen habe. Ueber die Familie Bolten selber brauchte ich kein Wort zu verlieren; wir haben sie Alle gern und sind lange, lange Jahre damit befreundet — wie geachtet und geschätzt sie im ganzen Lande sind, weißt Du außerdem, und unser alter Name braucht sich wahrlich nicht zu schämen, neben dem ihrigen genannt zu werden. Hubert ist dabei ein junger, liebenswürdiger Mensch, talentvoll, gutmüthig, ein bischen aufbrausend zwar, aber das wird sich mit den Jahren geben, und außerdem der einzige Sohn. Daß er Dich gern hatte, habe ich — und ich muß gestehen, zu meiner Freude — schon seit längerer Zeit bemerkt; daß Du ihm nicht abgeneigt warst, konnte Jeder sehen, der Euch ein paar Mal zusammen beobachtet hat. Dazu kommt, mein liebes Kind, daß uns Beide, Deine Mutter und mich, diese Verbindung mit dem Bolten'schen Hause glücklich machen würde, und ich bin überzeugt, daß alles dies zusammen genommen, wenn Du es Dir überlegst, Deinen Entschluß bestimmen muß. Ich brauche Dir nur noch zu sagen, daß heute Morgen, als wir in die Stadt waren, der alte Graf bei mir förmlich um Dich für seinen Sohn angehalten hat, und ich hoffe, wir können ihm heut Abend eine gute Antwort mit hineinnehmen — wie, mein Schatz?“

„Mein lieber Vater, ich — ich bin noch so jung!“

„Darin hast Du Recht, und das habe ich meinem Freunde Bolten selbst entgegnet; er sieht das auch vollkommen ein, und Du sollst nicht gedrängt werden. Wir haben deshalb Beide ausgemacht, daß die Trauung nicht früher als an Deinem achtzehnten Geburtstage stattfindet; um uns aber das Glück unserer Kinder zu sichern, wollen wir die Verlobung am nächsten Freitag hier bei uns feiern, wozu uns Deine gütige Mama freundlichst einen kleinen Ball arrangiren wird — bist Du damit einverstanden?“

„Dränge sie nicht zu sehr, George,“ sagte jetzt die Mutter freundlicher, als sie bis dahin gesprochen. „Ihr Männer seid Euch darin doch alle gleich, das folgt Schlag auf Schlag, und da soll das arme Kind auf jede Frage auch augenblicklich antworten! Versteht sich, wird sie wollen, aber Du siehst doch, daß sie jetzt bald roth, bald blaß wird — laß ihr doch nur Zeit, erst Athem zu holen!“

„Meine liebe Mutter!“ rief Paula und warf sich, von ihren Gefühlen überwältigt, an der Mutter Brust.

„Aber, ma fille!“ sagte sie, sich rasch und erschreckt losmachend — „komm, mein Herz, komm, wozu diese Aufregung — Du weißt, Kind, wie das immer meine Nerven angreift, und mein Kopf schmerzt mich überhaupt heute.“

„Aber ich liebe ihn nicht, Mama!“ bat Paula in Todesangst. „Der junge Graf ist ein braver, lieber Mensch, aber — aber . . .“

„Aber, mein Kind?“ fragte die Mutter streng.

„Er — er paßt nicht für mich — er — hat für nichts Sinn, als für seine Pferde und Gewehre — er haßt Musik und Bücher — er . . .“

„Lauter Verbrechen, nicht wahr?“ lächelte die Mutter spöttisch — „und kann er deshalb nicht ein guter Ehemann werden?“

„Und soll das Herz denn gar keine Stimme haben, Mama?“ flüsterte das arme, gequälte Mädchen — „soll denn nur immer todter Rang und Reichthum Verbindungen schließen und Menschen auf ewig an einander ketten, die sich ohne diese nie gefunden oder nur gesucht hätten?“

„Todter Rang und Reichthum, meine Tochter?“ sagte der Vater ernst — „ich glaube, Du solltest uns dankbar dafür sein, daß wir Dir die Dir gebührenden Vorrechte auch erhalten und verwahren. Du wirst doch nicht glauben, daß ich Dich je unter Deinem Stande verheirathen würde?“

„Willst Du mich nicht glücklich sehen, Papa?“ fragte Paula herzlich.

„Gewiß, mein Kind, das ist mein heißester Wunsch,“ erwiderte der Vater, „aber eben deshalb muß ich jetzt über Dich wachen, daß Dich Dein leicht erregtes Herz nicht zu einem Schritt hinführt, den Du später schwer bereuen und dann sicher unglücklich dadurch werden würdest. Aber wie ich Dir schulde, für Dein Glück zu sorgen, so schuldest Du auch uns, die Ehre unseres Hauses aufrecht zu erhalten, und wer Dir dabei am besten rathen kann, sind denn doch wohl Deine Eltern selber.“

„Und wenn ich vorher wüßte, daß ich unglücklich werden würde?“

„Paula,“ sagte der Vater ernst, „ich bitte Dich, nur jetzt, wo es sich um Deine ganze Zukunft handelt, Deine überspannten Romane und phantastischen Ideen aus dem Spiel zu lassen! Du hast uns schon neulich einmal so eine Andeutung gemacht, daß Du Dich an der Seite des ärmsten Mannes glücklich fühlen könntest, wenn „Eure Seelen“, wie

auch durch eine ausgiebige Geldbuße nicht aufgehoben werden. Daher zieht es der Vater Staat vor, den Opfern falscher Anklagen und Verhaftungen überhaupt keinen Ersatz zu bieten; mögen sie selbst sehen, wie sie ihren ehrlichen Namen wieder erlangen, wie sie das verlorene Geschäft wieder in die Höhe bringen oder die zerrüttete Gesundheit wieder herstellen. Der mittellose Arbeiter, bei dem man ohnehin nicht viel Federlesens macht, mag zusehen, wie er einen andern Arbeitsplatz findet; was fragt der Staat darnach, was aus der Familie des verhafteten Arbeiters inzwischen geworden ist? Wenn seine Frau inzwischen aus höchster Noth um 10 Pfg. Kohlen entwendet hat, so sperrt man sie wegen Diebstahls ein, seine Tochter fällt vielleicht einem nationalen Herrchen zum Opfer und sein Sohn, der in laute Verwünschungen über diese schöne Welt ausbricht, wandert wegen Verächtlichmachung von Staatseinrichtungen ins Gefängniß. Der Staat hat wichtigere Dinge zu thun, als sich um eine derartige Verbrecherfamilie zu kümmern! Er baut in Afrika Zentraleisenbahnen, unterstützt verschuldete Großgrundbesitzer, schafft neue Gardelitzen usw. Für den unschuldig Verhafteten aber hat er nichts übrig. Als ob es jemand einfallen würde, sich absichtlich verhaften, anklagen und verurtheilen zu lassen, bloß um eine Entschädigung beanspruchen zu können. Wenn es nach harten Kämpfen durchgesetzt wurde, daß unschuldig Verurtheilte entschädigt werden können, so ist man damit der prinzipiellen Forderung der Entschädigungspflicht des Staates in keiner Weise gerecht geworden. Es handelt sich nicht darum, den Justizopfern ein Almosen oder ein Gnadengeschenk hinzuwerfen, sondern das an ihnen begangene Unrecht wieder gut zu machen. Es würde sich bald herausstellen, daß damit übereifrigen Anklagen und Verhaftungen ein wirksamer Damm entgegengesetzt wird, besonders wenn die Mithaftung der schuldigen Beamten einer wohlwollenden Prüfung mit unterzogen wird.

Eine weitere Programmforderung der Sozialdemokratie ist die Abschaffung der Todesstrafe, deren Fortbestand eines der zweifelhaftesten innerpolitischen Verdienste Bismarcks ist, der seine ganze Autorität einsetzte, um die kulturwidrige Todesstrafe dem Strafgesetzbuch einzuverleiben. Der Bismarckkultus hat über die Gründe der Vernunft und Humanität gesiegt. Nicht einmal die Mehrheit der Zweckmäßigkeitsgründe spricht für die Todesstrafe. Es gab eine Zeit, in der man in England die Diebe aufhängte, und zu keiner Zeit war der Diebstahl häufiger als damals. Ein Mörder wird auch durch die drohende Todesstrafe von seiner Verbrecherthat nicht abgehalten. Zuerst rechnet er überhaupt nicht mit der Entdeckung und dann bedeutet die lebenslängliche Einkerkerung mit dem steten Bilde seines Opfers vor Augen für ihn eine viel größere Strafe als der kurze Augenblick, in welchem die Gesellschaft ihre Blutrache an ihm befriedigt und sein Verbrechen mit seinem Blute sühnt. Dieselben Kreise, die sich gegen die Feuerbestattung wehren, weil sie die Aufdeckung von Verbrechen durch Leichenausgrabung unmöglich mache, vertheidigen die Todesstrafe, obwohl durch ihren Vollzug vielleicht ein Unschuldiger umgebracht wird. Schon diese furchtbare Möglichkeit, die mehr als einmal zur Wirklichkeit geworden ist, spricht für die Beseitigung der Todesstrafe als unwürdigen Ueberbleibsels der Blutrache. Die Forderung der Abschaffung der Todesstrafe ist ein Gebot der Vernunft und Menschlichkeit und daher eine Forderung der Sozialdemokratie.

Soziales und Vereinsleben.

Streiks und Lohnbewegungen. Der Streik der Maler, Lackierer und Anstreicher in Königsberg wurde durch Vergleich vor dem Gewerbegericht beendet. — Nach neunwöchiger Dauer ist durch Einigung vor dem Gewerbegericht der Streik in den Köhler'schen Granitwerken in Meißen beendet worden. Der neue Lohntarif, der zu der Arbeitsniederlegung führte, ist in einzelnen Punkten zu Gunsten der Arbeiter abgeändert worden. — Die Aussperrung der Töpfer in Erfurt wurde durch Vergleich beendet. — Die Maurer in Stenbal streiken. Sie fordern Erhöhung des Stundenlohnes von 35 auf 40 Pf. — In Bernburg (Anhalt) haben sämmtliche Erdarbeiter, die bei den Ausschachtungsarbeiten in der Roischwitzer Straße für die neue städtische Gasanstalt beschäftigt sind, die Arbeit niedergelegt. Den Arbeitern waren 35 Pfg. für den laufenden Meter versprochen worden, bei der Auszahlung wurden aber nur 30 Pfg. gezahlt; da sich die Arbeiter aber nicht beruhigen lassen wollten, griffen sie zum letzten Mittel, zum Streik. — In der Möbelfabrik von Kempf u. Geiger in Neusorg (Fichtelgebirge) sind wegen Maßregelung des Vorsitzenden der Zahlstelle des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes Differenzen ausgebrochen. **22 Mann haben gekündigt. In Mühldorf am Inn,** wo sich der Hauptbetrieb dieser Firma befindet, sind ebenfalls Differenzen ausgebrochen. Am 28. April wurden sämmtliche Tischler und Maschinenarbeiter, 36 an der Zahl, gemaßregelt und sofort ohne Kündigung auf das Pflaster geworfen, weil am Sonntag, den 26. April, die Kollegen einem in diesem Betriebe an der Kreissäge verunglückten Verbandskollegen das letzte Geleite gaben und einen Kranz niederlegten. Der Zuzug von Tischlern und Maschinenarbeitern nach Mühldorf und Neusorg ist strengstens fernzuhalten. — Der Dockerstreik in Marseille hat mit einem vollständigen Sieg der Arbeiter geendet. Sie haben den Neunstundentag (anstatt des früheren Zehnstundentages) unter Aufrechterhaltung des Tagelohnes von 6 Franks errungen. Der neue Vertrag, der von den Vertretern der Gewerkschaft und denen der Unternehmerorganisation unterzeichnet wurde, hat eine Geltungsdauer von 5 Jahren.

Liebenswürdige Unternehmer. Die wegen der Maifeier ausgesperrten Chemnitzer Steinmetzen beschlossen, das Gewerbegericht als Einigungsamt anzurufen. Sie hatten am 25 April beschlossen, den 1. Mai durch Arbeitsruhe zu begehen. Davon wurden die Arbeitgeber in Kenntniß gesetzt. Diese gaben darauf durch Aushang bekannt, daß Maidemonstranten auf ein Jahr von der Arbeit ausgesperrt würden.

Die Aussperrung der Schuhmacher in Pirmasens wird allem Anschein nach sobald noch nicht beendet werden. Alle Einigungsversuche, von welcher Seite sie auch kommen mögen, werden von den Fabrikanten schroff zurückgewiesen. Die Geschäftsleute in Pirmasens fühlen sich begreiflicherweise durch die Aussperrung stark benachtheiligt. Ein Versuch zur Beilegung des Konfliktes, den der Detaillisten Verein machte, blieb ebenso erfolglos, wie ein von den Arbeitern gemachter Versuch, die Vermittelung des Gewerbegerichts als Einigungsamt zu erlangen. Die Fabrikanten wollen die von ihnen begonnene Machtprobe unter allen Umständen durchführen und in ihrem Interesse entscheiden.

Einen neuen Gemeindewahlsieg errangen unsere badischen Genossen in Rüppur. Sie siegten in der dritten Wählerklasse mit 110—115 Stimmen gegen 36—43 gegnerische Stimmen. In der zweiten Klasse behaupteten die Gegner mit knapper Noth ihren Besitzstand und in der ersten Klasse unterstützten unsere Genossen einen Gegenvorschlag gegen die Kandidaten der bisher herrschenden Clique, wobei es gelang, dieser zwei anscheinend ihr sichere Mandate zu entreißen.

Das Strafkonto der Parteigenossen wurde in den Monaten April und Mai belastet mit 2 Jahren, 9 Monaten und 4 Tagen Gefängniß, sowie 4205 Mark Geldstrafe.

Die sozialistische Bewegung in Japan. Trotz aller Hindernisse und Schwierigkeiten macht die sozialistische Bewegung in Japan rapide Fortschritte, und besonders nach der Unterdrückung des Manifests der sozialistischen Partei hat sich die Anhängerzahl fast um das Zwanzigfache vermehrt. Mit dieser rapiden Zunahme der Parteigenossen hat sich auch die sozialistische Idee gleich einem Präriefeuer über das ganze Kaiserreich verbreitet, und manche Tagespresse in den Städten Tokio und Osaka hat zu Gunsten des Sozialismus votirt. In nächster Zeit soll der erste nationale Sozialistenkongreß in der Stadt Asahi abgehalten werden, der der sozialistischen Sache zweifellos noch mehr Anhänger zuführen und derselben eine bessere Organisation und größere Stabilität verleihen wird.

Aus Nah und Fern.

Die Hungrigen und die Saiten. In Magdeburg wurde am 3. Mai eine Brücke eingeweiht. Die Stadt hat den an den Einweihungsfeierlichkeiten theilnehmenden Personen — selbst der Minister von Hammerstein war anwesend — ein Festessen gegeben und zu diesem Zwecke 8000 Mk. ausgeworfen. Nach der „Begehung" der Brücke begaben sich die Theilnehmer in 60 Wagen zum Festessen nach dem „Herrenkrug." Auf dem Wege dahin wurde ihnen eine seltsame Ueberraschung bereitet; die Hungrigen grüßten sie am Wege. Ueber 500 Arbeiter, die wegen Betheiligung an der Maifeier auf drei Tage ausgesperrt worden waren, bildeten kurz vor dem Portal des „Herrenkrugs" Spalier. Die Demonstration geschah, um den Festtheilnehmern, die so groß sind an Arbeiterverachtung, einmal den Idealismus von Arbeitern zu zeigen, die den Muth haben, für ihre Ueberzeugung drei Tage lang zu hungern. „Natürlich störte das", so schreibt die „Volksstimme", die Festesser einigermaßen und wie immer kam auch hier die Polizei ihnen schnell zu Hülfe. Ohne einen Schimmer von Recht, nur gestützt auf die Macht, verweigerte die Polizei den Maurern ohne Angabe von Gründen den Eingang zum Park, der allen Einwohnern Magdeburgs ohne Weiteres offen steht! Dank der vortrefflichen Schulung der Demonstranten ließen sie sich jedoch ob dieser seltsamen Maßregel nicht zu unüberlegten Handlungen hinreißen, sondern fügten sich der Gewalt. Hierauf gab man den Demonstranten den Weg nach der „Waldschenke" „frei" — um nur recht schnell den bösen Anblick los zu sein. Allein die Maurer pfiffen auf diese seltsame „Gnade" und lagerten sich im Chausseegraben. Eine Zeit lang ließ man die Arbeiter, die sich musterhaft ruhig verhielten, ungeschoren. Sämmtliche Festtheilnehmer mußten an den Demonstranten vorbei. Von ihren glänzenden Karossen aus warfen sie wüthende Blicke in die Reihen — ob sie sich schämten? Wir wissen es nicht. Auch der sattsam bekannte Vorsitzende der Scharfmacher, Herr Schökel, befand sich unter den Equipagen-Insassen. Etwa ein Dutzend der Maurer ging später in den Park. Kaum wurden sie von der eigens zu diesem Zweck gebildeten Schutzmannskette bemerkt, als sie auch schon wieder zurückgewiesen wurden! Natürlich ohne jedwelches gesetzliche Recht! Ein Kommissar kam zu den ruhig beim Glase Bier besitzenden Arbeitern und ersuchte sie, sich „unauffällig" zu entfernen. Kurz darauf kamen zwei Kriminalbeamte und ersuchten ebenfalls die Maurer, sich zu entfernen, anderenfalls sie „mit Gewalt" entfernt werden würden! Dem Büffetier war inzwischen verboten worden, den Maurern Bier zu verabfolgen! Trotz aller dieser Maßnahmen, die einer Provokation verzweifelt ähnlich sehen, bewahrten die Demonstranten völlige Ruhe und gingen schließlich auch ruhig wieder ihrer Wege. Die Maurer haben erreicht, was sie wollten. . . ."

Ein Akt christlicher Nächstenliebe. Dem Genossen Meis in Gelsenkirchen starb vor einigen Tagen ein Kind. Da er aus der Kirche ausgetreten, verweigerte die Geistlichkeit die Aufnahme der Leiche auf dem Friedhof, weshalb er gezwungen war, die Polizei in Anspruch zu nehmen. Diese verfügte, daß die Beerdigung auf dem Kommunalfriedhofe der der Stadt Gelsenkirchen eingemeindeten Gemeinde Hüllen zu erfolgen habe. Der Polizeikommissar glaubte nun, jedenfalls aus Rücksicht auf die Geistlichkeit, noch ein Uebriges thun zu müssen, und bestimmte, daß die Kindesleiche auf dem „Verbrecherplatz", wo sonst die Selbstmörder und todtgeborenen Kinder beerdigt werden, beigesetzt werde.

Der Buchstabe tödtet. Ein höchst sonderbares Stückchen finden wir in der „Deutschen Juristenzeitung": Eine verschollene Frau war im Aufgebots-Verfahren für todterklärt worden. Als die Verschollene wiederkehrte und das Ausschluß-Urtheil durch Klage anfocht, weil sie noch am Leben und ihre Identität außer Zweifel sei, wies das Gericht die Klägerin ab, da die Frist zur Anstellung der Anfechtungsklage verstrichen war! Die Frau wollte natürlich wieder unter die Lebenden aufgenommen werden und verfocht ihre Sache bis zur letzten Instanz. Beinahe hätte sie sich bei ihrem Tode beruhigen müssen, denn jenen sachlichen Grund wollte das Reichsgericht auch nicht gelten lassen. Zum Glück fand sich ein formeller Grund: die Präklusivfrist zur Meldung der Verschollenen war nämlich irrthümlich auf „Donnerstag, den 12. März 1901", anstatt auf „Dienstag, den 12. März 1901", anberaumt worden, also auf einen gar nicht vorhandenen Tag. Darin fand, wie die „Deutsche Juristenzeitung" mittheilt, das Reichsgericht einen Formmangel, den das Gesetz als Anfechtungsgrund zulasse. Nun darf also die Frau wieder „leben".

Wie sehr der Hexenglauben noch unter der Landbevölkerung verbreitet ist, beweist nachstehender Vorfall. Einer Wittwe in Hessingen (Hohenzollern) war ein Schwein erkrankt. Da es für die Frau unumstößlich fest stand, daß eine Hexe die Hand im Spiel habe, so wurde der Rath erfahrener Hexenbanner eingeholt, die dem Schweine einige Kreuze einbrannten und ein Pestilenzzeichen im Stall aufhängten. Merkwürdigerweise versagte die Zauberkunst, das Schwein ging ein, und die Wittwe mit ihrer Gevatterschaft glaubt nun steif und fest, daß die Hexe die Oberhand behalten habe!

Du Dich beliebst aufzudrängen, mit einander harmonirten. Es ist der alte Unsinn mit „eine Hütte und ihr Herz", der so lange flüchtig bleibt, bis das Herz eben in die Hütte hineinziehen soll und die Räumlichkeit dann überall zu beengt findet. Glaube mir, mein Kind, solche Ideen sehen sehr hübsch auf dem Papier aus und lassen sich vortrefflich bei einer warmen, mondhellen Nacht durchschwärmen, aber sie gleichen jenen wunderbar schillernden Quallen, die an der Oberfläche der See herumschwimmen und von Weitem einen prachtvollen Anblick gewähren, nimmt man sie aber in die Hand, so bleibt nichts übrig, als eine graue, schlammige Masse, die man mit Ekel wieder von sich wirft. „Gleich und Gleich gesellt sich gern!" ist ein altes, gutes und wahres Sprüchwort, und wir finden das in der Natur bestätigt, wohin wir blicken. Ein Adler könnte sich da eben so wenig daran gewöhnen, einen Bund für das Leben mit einem Truthahn zu schließen und von Körnern und Kartoffelschalen zu leben, weil ihre Seelen vielleicht sympathisiren — es geht eben nicht, und die Großtochter würde sich elend und unglücklich fühlen, wenn sie aus der gewohnten Sphäre niedersteigen und in einer Hütte leben sollte. Das sind eben jugendliche Träume, die ich euch nicht zu hoch anschlage und deshalb gern verzeihe. Nun sei aber vernünftig, mein Töchterchen, Du bist alt genug dazu. Wir haben eine Wahl für Dich getroffen, die Dein Herz nur mit Freude und Dankbarkeit gegen uns erfüllen kann, also füge Dich drein; denn Du weißt auch, daß Deine Eltern nie ihre Einwilligung zu einer Verbindung unter Deinem Range geben würden, solltest Du wirklich je thöricht genug sein, selber an etwas Derartiges ernstlich zu denken."

„Mein Vater . . ."

„Laß nur sein, mein Kind — ich wußte ja, daß mein gutes Töchterchen nicht den Lieblingsplan ihrer Eltern kreuzen würde; also werde ich das Weitere schon selber mit Boltens in Ordnung bringen. Du darfst Dir indessen immer Deinen Brautstand zurecht machen", setzte er lächelnd hinzu, indem er ihr leise das Kinn emporhob und einen Kuß auf ihre Stirn drückte, „und daß wir nachher ein fröhliches Bräutchen haben, davon bin ich überzeugt . . ."

Ein Diener öffnete in diesem Augenblick die Thür und meldete, in steifer Haltung an der Schwelle stehen bleibend: „Baronesse von Halldorf läßt fragen, ob es der gnädigen Herrschaft genehm wäre . . ."

„Wird uns sehr angenehm sein", sagte die Gräfin, die froh war, einen Vorwand gefunden zu haben, das Gespräch abzubrechen, — „aber, Schatz, Du hast ganz rothe Augen bekommen — geh auf Dein Zimmer und bade sie ein wenig mit Rosenwasser, wir erwarten Dich dann unten."

Der Besuch mußte empfangen werden, und die arme Paula, das Herz zum Brechen schwer, zog sich nun auf ihr Zimmer zurück, schob den Riegel hinter sich vor und sank auf das Sopha.

„Kein Mitleid mit den Gefühlen ihres eigenen Kindes", flüsterte sie dabei — „keine Frage selber danach, ob dieses Herz schon gewählt, schon entschieden haben konnte — nichts, nichts als der leere, hohle Schein, als Stand und Rang und Reichthum — oh, ich bin recht, recht unglücklich!" Und still weinend barg sie ihr Antlitz in den Händen.

5.

Paradies und Hölle.

In der Schloßgasse zu Holzburg — denn die alte Stadt, welche in längst vergangenen Zeiten einmal der Sitz eines Erzbischofs gewesen, hatte die verschiedenen Benennungen aus ihrer Glanzperiode noch getreulich aufbewahrt — stand ein nicht sehr großes, aber wunderlich verziertes Gebäude. Es war ganz massiv aus dunkelgrauem, halbverwittertem Sandstein aufgeführt und mit einer wahren Verschwendung von Steinhauerarbeit bis hinauf unter den alterthümlichen Giebel bedeckt.

Was die zahllosen Gruppen, Bilder und Arabesken daran alle bedeuten sollten, wäre wohl schwer zu entziffern gewesen — möglich, daß selbst die Ueheber desselben keine rechte Idee davon gehabt. Deutlich erkennbar war aber noch eine ordentliche Legion von dicken, pausbackigen Engeln mit Posaunen und sonstigen Instrumenten, die jeden nur irgend nutzbaren Raum ausfüllten und den oberen Theil des Hauses vollständig bedeckten, während zwei sehr durch die Zeit und Sturm und Wetter behandelte Riesen, die zwischen Drachenköpfen und Ungeheuerschwänzen ihren Platz behaupteten, das Portal zu tragen schienen.

Und bunt und prächtig genug mußte das Haus ausgesehen haben, als es aus der Hand des Künstlers frisch hervorging. Noch jetzt ließen sich nämlich an einigen geschützten Stellen Spuren von früherer Vergoldung und Malerei erkennen, mit denen besonders die Instrumente der Engel geglänzt haben mochten.

An eine Renovation dieser geschwundenen Pracht hatte freilich Niemand gedacht. Das Haus gerieth in die Hände einer Familie, die seine Lage für eine Wirthschaft passend fand, da es dem Theater schräg gegenüber und auch in der Nähe des Domes wie des Rathhauses stand, und der neue Eigenthümer, mit einer unbestimmten Ahnung, daß die vielen Engel wohl eine Andeutung der künftigen Seligkeit selber sein könnten, nannte seine Wirthschaft drinnen nach den Sinnbildern draußen „Zum Paradies".

(Fortsetzung folgt.)

Verantwortlicher Redakteur: Otto Friedrich. — Verleger: Theodor Schwartz. — Druck von Friedr. Meyer & Co. — Sämmtliche in Lübeck.